

2 Jahre danach



♀ Bundesrätin

EWR, wie weiter?

Ratsberichte

Ex-Jugoslawien

Zuger Symposium

Eine Institution zieht sich zurück

Wer erinnert sich noch: Herbst 86 macht die aus einem Zusammenschluss von SAP und Parteilosen gegründete SGA bei den Wahlen Furore: zwei Gemeinderäte und zwei KantonsrätInnen. Das war nicht nur Ausdruck eines gewachsenen «Kuchens», sondern repräsentierte die Resonanz auf die Idee, welche hinter dem Zusammenschluss steckte: die Alternativen im Kanton zu sammeln und anzuspornen, sich einzumischen.

Dass dafür auch ein Organ nötig war, in welchem der Informationsaustausch stattfinden konnte, war klar: So wurde das SGA-Bulletin geboren. Den eingeschränkten Zweck sah man/frau den ersten Nummern denn auch an...

«Desktop Publishing»

Aber hoppla, das Wachstum der menschlichen Produktivkräfte machte nicht halt vor solch banalen Dingen wie dem Bedrucken von Papier und dessen vorgängiger Gestaltung. «Desktop-Publishing» war das Zauberwort, welches unter Eingeweihen zur selben Zeit begann, die

Runde zu machen. Und es gab da in der SGA doch tatsächlich einen Hexenmeister, der nicht nur mit so einem Ding umgehen konnte, sondern selber eins besass. Kurzum: Nick Mjinszen begann sich um das SGA-Bulletin zu kümmern, und aus dem hässlichen Entlein wurde bald eine richtige Zeitung, mit richtigem Layout und schön anzusehen.

Über all die Jahre hat manches Gesicht in der Redaktion gewechselt, nur die «Institution» Nick ist geblieben und hat das Gesicht des Bulletins massgebend geprägt. Mal für Mal haben wir uns gewundert, wenn wir das fertige Heft in den Händen gehalten haben: Nick hat's tatsächlich wieder geschafft! Und uns gefreut. Und mit uns hoffentlich Ihr, unsere LeserInnen.

Wir haben gute Zeiten zusammen gehabt, manchmal gab's auch Ärger, aber was soll's: Wer viermal im Jahr so eine Zeitung zustande bringt, dem gebührt vor allem eins: Chapeau!

Und nun geht er, unser Layouter, Produzent, Illustrator, Organisator und Autor, möchte seine Energie anderweitig investieren. Nick, wir wollen uns an dieser Stelle für Dein Engagement bedanken und sind uns sicher, in Dir weiterhin einen kritischen Leser des Bulletins zu haben – denn der kritischste Leser des Bulletins warst immer Du.

Zwei Neue kommen

Mit dem Weggang von Nick wird die Produktion des Bulletins auf neue Beine gestellt: Layout und Produktion werden getrennt. Für die Produktion ist in Zukunft die ganze Redaktion zuständig, als Koordinator konnten wir neu Reto Hunziker gewinnen. Das Layout liegt in Zukunft in den Händen von Michael Matthes. Wir wünschen beiden einen guten Start.

■ Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Zwei Jahre danach

«Manchmal habe ich die 'graue' Männerwelt satt»; Interview	Seite 4
«Schweiss und Tränen»	Seite 10
Plädoyer für eine lebendige, vielseitige Politik	Seite 14

♀ Bundesrätin

Das Patriarchat auf der Suche nach der «richtigen» Frau	Seite 16
---	----------

EWR, wie weiter?

Die schwierige Suche nach den «Schweizer Spezialitäten»	Seite 18
---	----------

Regierungsrat

Doch ein Gleichstellungsgesetz	Seite 20
--------------------------------	----------

Kantonsrat

Das Nachtbusi kommt	Seite 22
---------------------	----------

Grosser Gemeinderat

Sitzungsmarathon	Seite 24
------------------	----------

Gaswerk

Der Staat als Preistreiber auf dem Bodenmarkt	Seite 26
---	----------

Ex-Jugoslawien

Frauenprojekte	Seite 27
Schwächung des Wehrwillens als Friedensziel	Seite 28

3. Zuger Symposium

«Multikulturelles Europa statt Festung Westeuropa»	Seite 30
--	----------

Frauen in den Bundesrat

Seite 31

Aufruf

Neue Leute gesucht

Die Bulletin-Redaktion braucht dringend Verstärkung; wir suchen zwei zusätzliche Leute.

Möchtest Du den Produktionsablauf einer Zeitung kennenlernen? Bist Du an politischen Themen interessiert? Möchtest Du Dich für etwas Konkretes einsetzen? Dann melde Dich doch!

Adresse: Reto Hunziker, Telefon 21 84 93 (abends).

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 1/93, März 1993; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 2041, 6302 Zug; Telefon: 21 84 93
Redaktion: Ruedi Amrhein, Susanne Giger, Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Brigitte Weiss

Belichtung und Druck: Küng Druck AG, Baar

Auflage: 1100

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 2/93: Montag 14. Juni

Haben wir etwas bewegen können?

Gehen wir von den konkreten Veränderungen aus, so lässt sich die Zweijahresbilanz sehen: Im Kanton Zug gibt es eine andere, konsequent humanitär ausgerichtete Asyl- und Fremdenpolitik, keine Dienstverweigerer mehr im Gefängnis, mehr Frauen in Kader- oder gar Chefpositionen, eine in kurzer Zeit gut ausgebaute Umweltpolizei, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und des organisierten Verbrechens, mehr Kontrollen gegen die Verwilderung auf den Strassen, eingefrorene Staatsschutzgelder sowie eine alternative Art von Konfliktlösungen (z.B. in Morgarten).

Auch die Kantonsratsfraktion hat einiges durchgesetzt, z.B. ein Nachtbusxi, Verbesserungen für IV-BezügerInnen beim öffentlichen Verkehr und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie hat aber auch wichtige Fragen als erste überhaupt in die Diskussion gebracht: Im Sommer noch hatte der Kantonsrat ein Postulat von Toni Kleimann, Chef der Alternativen Fraktion, abgelehnt, mit dem Langzeitarbeitslose in der kantonalen Verwaltung beschäftigt worden wären; ein halbes Jahr später schlägt der Regierungsrat genau dies dem Kantonsrat vor.

In wichtigen Fragen – das sei nicht verschwiegen – hatten aber die Alternativen weder im



Regierungs- noch im Kantonsrat Erfolg: So wurden alle alternativen Vorschläge für eine andere KVA-Fänn-Lösung im Kantonsrat abgelehnt.

Zwar ist es schwieriger geworden, alternative Vorschläge gegen die prononcierter gegen links politisierende Kantonsratsmehrheit durchzusetzen. Doch daran liegt es nicht. Gerade zur Wirtschaftslage müssen sowohl die SP- und die Alternative Fraktion wie auch die beiden nichtbürgerlichen Regierungsräte mehr Initiative und Ideen entwickeln. Alternative Politik muss sich gerade in schwierigen Zeiten bewähren.

Bis zu den nächsten Wahlen werden wir wohl einen Teil unserer Energie auf Vorschläge der CVP – in welcher Form auch immer – zur Änderung des Wahlsystems einsetzen müssen. Was Majorz heisst, kann einmal mehr

im Wallis beobachtet werden. Majorz heisst nicht weniger, wie immer behauptet wird, sondern mehr Parteienherrschaft. Denn dem Volk bleibt in der Regel nichts anderes übrig, als die von der Parteiversammlung erkürten KandidatInnen abzusegnen. Unsere Aufgabe wird es sein, der Bevölkerung politische Lösungen ihrer tatsächlichen Probleme anzubieten; dann werden alle Bemühungen der CVP, ihre Macht mit einer Änderung des Wahlsystems zu erhalten, ins Leere laufen.

Die Bundesrats-Ersatzwahl vom 3. März 1993 hat nicht nur gezeigt, zu welchem Affront gegen die Frauen die bürgerliche Männerherrschaft bereit ist; sie zeigte auch, wie wichtig es ist, nicht nur in den Institutionen und Gremien aktiv zu sein, sondern den Bezug zur sozialen und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit zu behalten. Die Bewegung, die sich nach dem 3. März 1993 entwickelt hat, beweist, dass in der Schweiz – und auch in Zug – Frauen, aber auch Männer da sind, die mehr wollen als brav alle paar Monate einige Stimmzettel ausfüllen. Es liegt an uns Alternativen im Kanton und in den Gemeinden, diese Chance zu packen.

■ Hanspeter Uster

«Manchmal habe ich die 'graue' Männerwelt satt»

Die Wahlen vor zwei Jahren brachten spürbare Veränderungen in einigen Gemeinde-Exekutiven und auch im Regierungsrat. In Cham und Oberägeri nahmen das erste Mal alternative Politikerinnen Einsitz. In Baar und in der Stadt Zug konnten gemeinsame Listen von SP und SGA den links-grünen Anteil im Gemeinderat verdoppeln. Im Regierungsrat gelang das gleiche mit einer gemeinsamen Liste von SP, SGA, Frischer Brise und Gleis 3. Das folgende Roundtable-Gespräch ist eine erste Bilanz «zwei Jahre danach».

Gesprächsleitung: Martin Stuber

Fotos: Arlene Wyttenbach

Zeichnungen: Ursula Bossard

Bulletin: *Als gewählte Exekutiv-VertreterInnen (zu den Personen siehe Kasten Seite 6) steht Ihr an der Spitze eines Verwaltungsbereiches mit festangestellten Leuten. Wie ist Euer Verhältnis zum «Staatsapparat»?*

Eusebius Spescha: Im Stadtbauamt habe ich einige Führungsprobleme und kein sehr gutes Klima angetroffen. Erste Priorität war für mich, dass die interne Zusammenarbeit wieder klappt. Das habe ich innert nützlicher Frist erreicht. Die Motivation meiner Leute für unsere Bauprojekte (z.B. Herti V) ist sehr gut. Meine vier Chefbeamten sind sehr kompetent, wir können uns auf gemeinsame sachliche Zielsetzungen einigen.

Irène Bilang-Iten: Mit den meisten Leuten in der Verwaltung habe ich ein gutes Verhältnis. Am ehesten habe ich mit dem Gemeindeschreiber Probleme. Die neugeschaffene Stelle im Sozialwesen konnte ich nach meinen Vorstellungen besetzen.

In der Regel bringe ich meine Anliegen im Gemeinderat durch, allerdings oft nur mit enormem Aufwand.

Jitka Röthlisberger: Mein Einstieg war nicht einfach. Es war sowohl in meiner Abteilung wie auch im Gemeinderat eine grosse Skepsis zu spüren. In der Sozialabteilung ha-



Von links nach rechts: Irène Bilang-Iten, Jitka Röthlisberger, Ruedi Hug und Hanspeter Uster. Es fehlt Eusebius Spescha; er nahm nur an der ersten Hälfte des Gesprächs teil.

be ich aber die bestehenden Ängste abbauen können, und die Zusammenarbeit funktioniert jetzt gut. Ich glaube, es ist mir gelungen, die gemeindliche Sozialpolitik zu aktivieren.

Ruedi Hug: Ich bin in meinem Ressort mit bedeutenden Führungsproblemen konfrontiert worden. In der Abteilung hatten sich z.T. «Königreiche» gebildet. Mit einem neuen Abteilungsleiter konnten die Probleme reduziert werden, aber optimal ist es noch nicht.

Meine Anträge habe ich im Gemeinderat bis jetzt eigentlich immer durchgebracht. Sehr positiv ist das Verhältnis zum Gemeindeschreiber, der eine grosse Hilfe ist.

Hanspeter Uster: Gleich zu Beginn bin ich durch den Abgang des alten Polizeikommandanten mit den Problemen in der grössten Abteilung konfrontiert worden. Ich konnte aber durchsetzen, dass die Neubesetzung dieses wichtigen Postens auf meinen Vorschlag hin erfolgte und nicht noch vom alten Regierungsrat beschlossen wurde.

Zum neuen Kommandanten hat sich ein sehr produktives Verhältnis entwickelt. Probleme gab es bei der Fremdenpolizei. Hier galt es, eine Lösung, welche meinen rechtsstaatlichen und menschlichen Vorstellungen von der Frepo entspricht, zu finden. Mit dem vorzeitigen Rücktritt des bisherigen Chefbeamten

und dessen Ersatz durch eine Frau – übrigens zurzeit die eine von zwei Chefbeamtinnen im Kanton Zug! – ist das nun der Fall.

Ich habe regelmässige Zusammenkünfte mit meinen ChefbeamtenInnen, bei denen die Vorgaben und Ziele festgesetzt werden und das Erreichte bilanziert wird. Bei der Verwaltungsarbeit lasse ich ihnen einen grossen Spielraum, aber sie wissen, was ich will und dass ich auch weiss, was sie tun. Dieser Führungsstil hat sich bewährt.

Bei so vielen MitarbeiterInnen ist es wichtig, «meine» Leute auch persönlich zu kennen, ich besuche deshalb regelmässig die verschiedenen Abteilungen.

Mein Spielraum in meiner Direktion ist sicher grösser als der einer GemeinderätIn, ich habe als Regierungsrat relativ viel Kompetenzen.

Bulletin: *Was wäre anders gelaufen, wenn an Eurer Stelle ein(e) BürgerlicheR gewählt worden wäre?*

Eusebius: Die Leute im Bauamt sollen gute Arbeitsbedingungen haben und engagiert arbeiten, was unter mir gewährleistet ist.

Die ganzen Verkehrsberuhigungs-Massnahmen wären wohl kaum so durchgezogen worden, z.B. im Gut-Hirt. Ansonsten handelt es sich vor allem um kleine Dinge, die sich geändert haben, z.B. Verbesserungen für die Fussgänger und Velofahrer.

Bei der ganzen Geschichte um die KVA-Fänn konnte ich die Umgehung der Finanzordnung durch Baudirektor Twerenbold stoppen.

Sicherlich hätte die Stadtplanung, wie sie der Gesamt-Stadtrat schliesslich präsentierte, anders ausgesehen. Leider ist die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat nun dabei, diese Vorlage zu zerzausen.

Nicht unterschätzt werden darf, dass während des letzten Jahres der Wind gekehrt hat, die Rezession und

das «Einfahren» von SVP und Auto-partei haben die Mehrheitsfindung zu unseren Gunsten im Stadtrat ziemlich erschwert.

Irène: Die schnelle Schaffung der Sozialstelle und ihre endgültige Etablierung kann ich sicher auf mein Konto buchen. Damit kann das bestehende Sozialhilfe-Gesetz überhaupt erst vollzogen werden, das war vorher gar nicht möglich...

Dank meinem Amtskollegen vom Forum, Werner Odermatt, haben wir für die Überwachung der Finanzen bei grösseren Bauvorhaben nun einen Bau-Ökonomen hinzugezogen.

Durch unsere Präsenz im Gemeinderat ist der Spielraum der drei bürgerlichen Gemeinderäte sicher eingeschränkt worden. Ich denke da an die Sache mit der Zentrums-Überbauung, wo mit dem Aufdecken von «Mischeleien» ein Zeichen gesetzt werden konnte.

Jitka: Bereits in den ersten Monaten meiner Amtstätigkeit habe ich mich dafür eingesetzt, dass der Beitrag an die Tagesmuttergruppe nach einem sozialen Tarif geregelt wird. Nach der alten Regelung hat diese Gruppe einen Beitrag nur für Sozial-

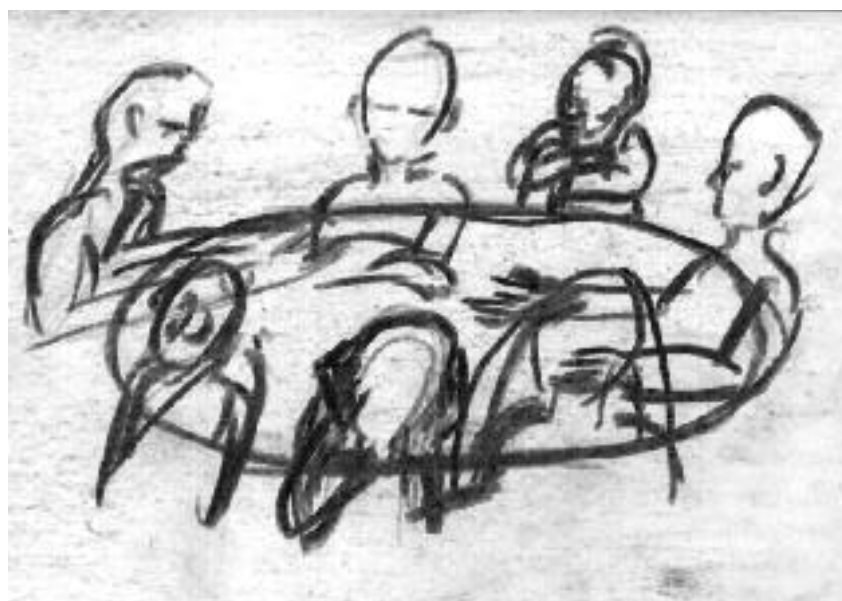
hilfeempfängerinnen erhalten. Ich glaube nicht, dass einE BürgerlicheR da so rasch gehandelt hätte.

In der Spitex-Kommission ist nach intensiven Auseinandersetzungen mit der Problematik ein gutes und interessantes Planungswerk entstanden. Mir unverständlich ist, dass im Kanton Zug die Spitex- und die Spitalplanung auf zwei getrennten Geleisen erfolgen.

Schliesslich möchte ich noch die Einrichtung der Disco im Jugendtreffpunkt erwähnen, das war seit 10 Jahren hängig, nun ist im Budget 93 endlich ein Beitrag dafür reserviert.

Ruedi: Mein Spielraum im Wehramt ist sehr klein, vermutlich ist es deshalb traditionell ein SP-Amt...Ich versuche, den Zivilschutz in einen wirklichen «Zivil»-Schutz umzufunktionieren, in den Dienst der Öffentlichkeit zu stellen. Das heisst, dass der Zivilschutz bei zivilen Ereignissen wirklich einsatzfähig ist, aber z.B. auch zur Instandsetzung von Wanderwegen tätig wird.

Beim Feuerwehrwesen ist es mir ein Anliegen, der «Über»-Rüstung Einhalt zu gebieten. Ich bin hier in der Vergangenheit vielleicht zu



ZWEI JAHRE DANACH



Irène Bilanz-Iten: «Durch unsere Präsenz im Gemeinderat ist der Spielraum der drei bürgerlichen Gemeinderäte sicher eingeschränkt worden.»

nachgiebig gewesen.

Grosse Bedeutung hat für mich die Einflussnahme im Gesamt-Gemeinderat, zusammen mit meinem SP-Kollegen Wädi Ineichen.

Als Polizei- und Gesundheitschef, hat Wädi sicher mehr Möglichkeiten als ich. Das Baarer Verkehrskonzept sähe sicher anders aus ohne ihn, demnächst wird eine Vorlage für eine Tempo-30-Zone kommen, und ähnlich wie in Oberägeri haben wir jetzt einen Bau-Verwalter eingesetzt, der die Interessen der Gemeinde bei gemeindlichen Bauprojekten vertritt. Die starke Förderung des Spitex ist sicher auch ein Verdienst von Wädi.

Bulletin: *Darf ich hier nachhaken: Mein Eindruck ist, dass die Öffentlichkeit eigentlich wenig hört von Eurer Tätigkeit in Baar, im Vergleich zu der der andern hier am Tisch. Be-*

Fakten

Eusebius Spescha, Stadtrat Zug, SP
Ressort: Bauabteilung
Andere Gremien: Vorstand Gewässerschutzverband; Aufsichtskommission Kantonsspital Zug; Verwaltungsrat WWZ (ab GV 1993)

Unterstelltes Personal: 90
Jahresbudget: 23 Mio ordentlich, ca. 20 Mio Franken Investitionen pro Jahr
Lohn: 100'000 Franken netto
Zeitaufwand wöchentlich: volles Pensum mit Schwankungen von 30 bis 60 Std.

Irène Bilanz-Iten, Gemeinderätin Oberägeri, Forum Oberägeri
Ressort: Sozialwesen, ein Teil des Bauwesens (Abfallbeseitigung, Verkehr, Umwelt), ein Teil des Gesundheitswesens.
Andere Gremien: div. gemeindliche Bauprojektgruppen; Stiftungsrat St. Anna; Betriebskommission Adelheid
Unterstelltes Personal: Sozialwesen 1; gesamtes Bauamt 6

Jahresbudget: Sozialwesen 338'000 Franken, Teil Bauwesen 900'000 Franken (von 16 Mio)
Lohn: 25'000 Franken netto
Zeitaufwand wöchentlich: 20 bis 45 Stunden

Ruedi Hug, Gemeinderat Baar, SP
Ressort: Wehrabteilung (Feuerpolizei, Feuerwehr, Militärwesen, Zivilschutz, Notorganisation)

Andere Gremien: Vormundschaftskommission; Sozialhilfekommission; Personalkommission; Gemeindeführungsstab
Unterstelltes Personal: 6
Jahresbudget: 2.2 Mio (von 71 Mio)
Lohn: 40'000 Franken netto
Zeitaufwand wöchentlich: 15 bis 20 Stunden

Hanspeter Uster, Regierungsrat des Kantons Zug, SGA
Ressort: Justiz- und Polizeidirektion (9 Ab-

teilungen)
Andere Gremien: Nationale Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz
Unterstelltes Personal: 300
Jahresbudget: 60 Mio (von 500 Mio)
Lohn: 190'000 Franken brutto
Zeitaufwand wöchentlich: 50 Stunden (exkl. Repräsentation)

Jitka Röthlisberger, Gemeinderätin Cham, Kritisches Forum Cham

Ressort: Sozialabteilung
Andere Gremien: Vormundschaftskommission; Spitexkommission; Kommission preisgünstiger Wohnungsbau; Planungskommission

Unterstelltes Personal: 3
Jahresbudget: ca. 1.8 Mio Franken (von 46.5 Mio)
Lohn: 48'000 Franken netto (1992), inkl. Sitzungsgelder
Zeitaufwand wöchentlich: 25 bis 40 Stunden

steht nicht gerade beim Zivilschutz die Möglichkeit, auch nach aussen eine andere Politik zu markieren, zumal Du die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Frage hinter Dir weisst: Zivilschutz-Projekte haben in den letzten Jahren keine Chancen an der Urne gehabt.

Ruedi: Unter mir wird es sicher nie solche Bunkerprojekte geben wie das kürzlich in der Stadt Zug abgelehnte. Aber der Zivilschutz ist Bundessache, ich kann ihn nicht einfach abschaffen. Ich versuche ihn «umzubiegen», vielleicht nimmt man das in der Öffentlichkeit zuwenig wahr. Es mag eine Frage des Stils sein, dass wir SP-PolitikerInnen unsere Opposition manchmal zuwenig nach aussen hin manifestieren.

Hanspeter: Ich denke, dass ich schon einige konkrete Sachen erreicht habe:

- ◆ den raschen Aufbau einer Umweltpolizei mit einem gewissen Ausbaustandard. Unter meinem Vorgänger wäre die Polizei damals sicher nach Obwalden, um die Kurden auszuschaffen.
- ◆ Ich habe 105 humanitäre Aufenthaltsbewilligungen gegeben.
- ◆ Dienstverweigerer müssen nicht mehr ins Gefängnis.
- ◆ Für «Staatsschutz» gibt's kein Geld mehr.
- ◆ Geschwindigkeitskontrollen und Kontrollen wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand haben massiv zugenommen.
- ◆ In der Fremdenpolizei gilt jetzt die Praxis, dass jedeR das Anrecht auf eine faire und humane Behandlung des Falles hat. Beschwerden gehe ich persönlich nach.

Bulletin: *Wie geht Ihr mit dem Kollegialsystem um?*

Ruedi: In Baar ist es so, dass von uns erwartet wird, an der Gemeindeversammlung einstimmig mit dem Gemeinderat zu stimmen. Daran halten wir uns nicht, wenn wir ande-

rer Meinung sind, und das haben die Bürgerlichen noch immer nicht akzeptiert, es wird ein Thema der nächsten Klausurtagung sein...

Irène: Es ist ja eigentlich unglaublich, dass man uns das Recht auf freie Meinungsäusserung beschneiden will. Die Absicht ist klar: die Minderheit soll schweigen.

Für mich ist es allerdings auch noch eine Frage der eigenen Energie, weil natürlich bei heissen Themen «d'Lämpfe» vorprogrammiert sind. Je nach Situation und persönlicher Verfassung gehe ich an die Öffentlichkeit oder schreibe in unserer Zeitung, oder informiere auch betroffene Leute direkt.

Ruedi: Das ist eventuell etwas, was wir zuwenig machen: wir gehen nicht direkt an die Öffentlichkeit, zur Presse, haben in Baar auch keine SP-Zeitung. Natürlich gäbe es dann Konfrontationen, aber vielleicht sollten wir in Zukunft etwas mutiger sein. An den Parteiversammlungen stehen wir allerdings ganz klar zu unseren Meinungen.

Jitka: Für mich ist es ganz entscheidend und auch selbstverständ-

lich, dass ich zu meiner Meinung auch in der Öffentlichkeit stehe. Daneben ist es für die Meinungsbildung an den Gemeindeversammlungen wichtig, dass in den Vorlagen die Argumente der Minderheit auch Platz haben. Dafür setze ich mich ein, und bei der Hirsgarten-Badi ist es mir in einem wichtigen Fall auch gelungen.

Bulletin: *Jitka, Du hast ja einen ziemlich harten Kampf in der Öffentlichkeit hinter Dir. Es ging darum, dass Deine eigene Meinung und Politik von der bürgerlichen Mehrheit nicht akzeptiert worden ist und sie versucht haben, Dich in Deinen Rechten zu beschneiden. Du hast Dich mit Erfolg dagegen gewehrt. Hat sich der Einsatz gelohnt?*

Jitka: Auf jeden Fall. Es hat zwar einige Standfestigkeit gebraucht! Meine Kollegen haben mein Informationsrecht als Behördemitglied aber akzeptieren müssen. Allerdings gehen wir immer noch nicht zusammen nachessen...

Hanspeter: Ich habe von Anfang an eine klare Haltung gehabt und die schon vor den Wahlen immer wieder



Hanspeter Uster: «Ich bin überzeugt davon, dass wir ein vitales Interesse an einer gut funktionierenden Verwaltung haben.»

geäußert: Ich halte mich an das Amtsgeheimnis, aber daneben gibt es für mich keine Einschränkung in meiner Meinungsäußerung. Interessanterweise ist das in der Regierung auch gar kein Thema. Als ich z.B. bei der regierungsrätlichen Vernehmlassung zum Gleichstellungsgesetz meinen Entwurf, der im RR keine Mehrheit gefunden hatte, nachträglich veröffentlichte, war das kein Problem.

Bulletin: *Chnuschi, Du stehst einem Apparat mit 300 Leuten vor. Unter Dir wurde dieser Apparat – und hier insbesondere die Polizei! – ausgebaut. Zum zweiten hast Du bei der Polizei einen nicht sehr optimal und effizient geführten «Laden» mit grosser Unzufriedenheit der Belegschaft wieder in Schwung gebracht. Dies findet mittlerweile bis weit in bürgerliche Kreise hinein Anerkennung. Betreibst Du den Ausbau und die Optimierung des Polizeistaates?*

Hanspeter: Die Polizei ist unter meiner Führung tatsächlich von 160 auf 176 Personen angewachsen. Aber schau mal, was ausgebaut worden ist: vier zusätzliche Umweltpoli-

zisten, 2 Stellen zur administrativen Verstärkung der Gemeindepolizei, eine Stelle zur Verstärkung der Radar-Administration, der Rest betrifft vor allem den Ausbau der Verkehrs- und Bereitschaftspolizei. Bei letzterem geht's nicht nur um mehr Kontrollen, sondern die SpezialistInnen der Kriminalpolizei – vor allem im Bereich Wirtschaftskriminalität und Betäubungsmittel-Bekämpfung – können sich nun auf ihre Aufgaben konzentrieren, statt z.B. Nachtpatrouillen zu machen.

Zu einem solchen Ausbau kann ich stehen. Wenn wir den Staatsschutz ausgebaut hätten, dann würde ich Dir recht geben, aber diese Stelle ist nicht besetzt. Ich bin auch froh, dass ich im Asyl-Bereich von 3.5 auf 5 Stellen aufstocken konnte, denn damit sind überhaupt erst die Grundvoraussetzungen für ein faires Verfahren geschaffen worden.

Irène: Du setzt also das Gewicht auf den Schutz des einzelnen Menschen statt auf den Schutz des Systems!

Bulletin: *Okay, aber der andere Punkt bleibt, und das ist ja auch bei*

den anderen hier am Tisch zum Ausdruck gekommen: Es geht viel Energie drauf, um, salopp gesagt, den «Stall» in Ordnung zu bringen. Sind die Linksrünen einfach die besseren Verwaltungsvorsteher?

Hanspeter: Ich bin überzeugt davon, dass wir ein vitales Interesse an einer gut funktionierenden Verwaltung haben.

Nur so können wir die inhaltlichen Fragen, die uns wichtig sind, studieren, initiieren und durchsetzen lassen.

Bulletin: *Ein gut ausgebauter, effizient funktionierender Staatsapparat als Grundvoraussetzung, um fortschrittliche Politik machen zu können?*

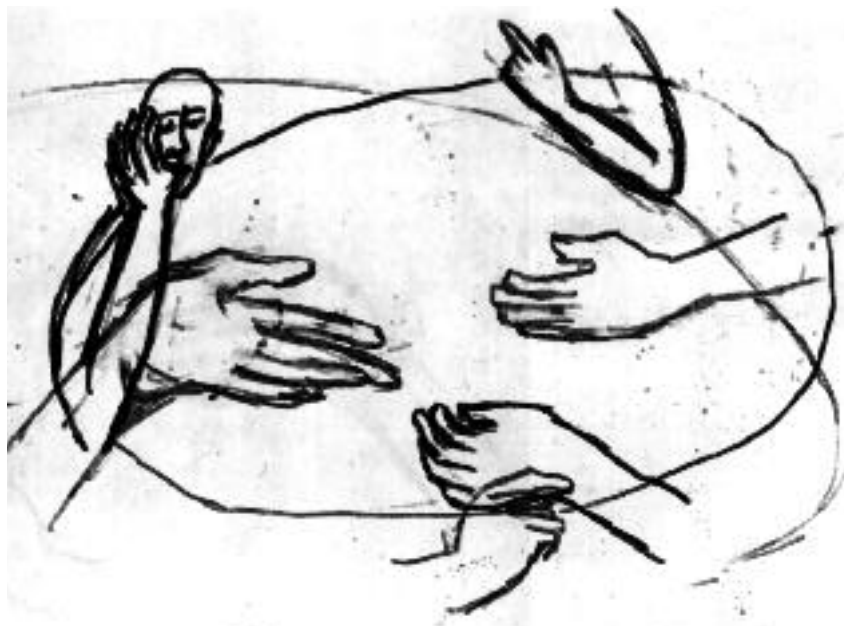
Hanspeter: Als eine Voraussetzung, ja. Es wäre aber ein grosser Irrtum zu glauben, dass ein gut funktionierender Apparat genügt. Entscheidend ist, dass du damit erst Zeit und Raum gewinnst, um deine politischen Ziele umzusetzen. Das musst aber du machen, das macht nicht der Apparat von sich aus.

Irène: Genau das habe ich mit der Anstellung einer Sozialarbeiterin in Oberägeri gemacht. Erstens werden die Möglichkeiten, die das Sozialhilfegesetz bietet, überhaupt erst verwirklicht, zum Wohle der Öffentlichkeit, und zweitens gewinne ich Zeit für andere Aufgaben, die ich mir stelle, weil ich weiss, dass es im Sozialwesen jetzt rund läuft.

Hanspeter: Auf der anderen Seite muss man gegenüber den Ansprüchen der Verwaltung sehr kritisch sein. Ich habe schon viele Ausbauwünsche abgelehnt, sowohl personell wie auch bezüglich Investitionen, z.B. bei der EDV.

Bulletin: *Ein anderes Thema: Wie ist Euer Verhältnis zur Basis, zur eigenen Partei? Seid Ihr abgestützt?*

Irène: Das Zusammenspiel im Forum Oberägeri ist recht gut, wir





treffen uns regelmässig mit dem Präsidium, zweimal im Jahr mit allen Kommissions-Mitgliedern, und alle zwei Monate findet eine MV des Forums statt. Wenn wir mit unseren Sachen im Gemeinderat nicht durchkommen, dann speisen wir das ins Forum ein, und je nachdem wird dann etwas unternommen.

Jitka: Für den Zugang zur Basis hat das Kritische Forum Cham ein eigenes, vielgelesenes Organ, das «Chamoptikum». Ich bin froh um den Austausch im Kritischen Forum Cham, auch um kritische Stimmen. Wir haben schon einige Sachen gemeinsam erarbeitet, die ich dann in meiner Arbeit als Gemeinderätin umsetzen konnte.

Bulletin: *Wie ist Euer Verhältnis zur SP, Ihr habt ja in Cham den Sitz alleine gemacht.*

Jitka: Das Verhältnis zu den beiden wichtigsten SP-ExponentInnen ist gut. Die ersten Gespräche über die Wahlen 94 haben schon stattgefunden.

Ruedi: Ich bin im Baarer und auch im kantonalen SP-Vorstand.

In Baar haben wir die beiden Sitze ja mit der gemeinsamen Liste SP/SGA gemacht, für mich zählt also auch die SGA zu meiner Basis. Unsere Parteiversammlungen sind ge-

meinsam, dort informieren wir regelmässig und holen uns auch Anregungen, leider sieht man da jeweils nur sehr wenig SGA-Mitglieder.

Vieles läuft natürlich informell.

Hanspeter: Ich bin im kantonalen Vorstand, der vieles diskutiert, was mein Amt betrifft. Ich habe engen Kontakt mit verschiedensten Leuten, das gibt mir Sauerstoff, andererseits kann ich Hilfe bieten.

Zudem bin ich bei der alternativen Fraktion dabei, da findet ein reger Austausch statt.

Bulletin: *Es gibt ja mittlerweile in einigen Gemeinde-Exekutiven linksgrüne Mitglieder. Funktioniert die Vernetzung untereinander?*

Irène: Die meisten Kontakte hängen mit meinem Ressort zusammen. Es stimmt, manchmal vermisse ich Diskussionen wie die jetzige, die erweitern den Horizont.

Jitka: Ich suche immer wieder Kontakte zu anderen Exekutivmitgliedern – auch zu bürgerlichen! Das gibt mir wertvolle Anregungen. Eine weitergehende Vernetzung unter uns würde ich aber begrüssen.

Ruedi: Ich habe vor allem Kontakte zu verschiedenen SP-Räten, aber auch zu Chnuschpi. Ich finde aber die heutige Diskussion spannend, das sollte vielleicht institutio-

nalisiert werden, ein oder zweimal im Jahr, eventuell in einem erweiterten Kreis.

Bulletin: *Welche Knackpunkte seht Ihr für Eure Tätigkeit in den nächsten zwei Jahren?*

Irène: Die Schaffung einer Stelle für ein eigentliches Umweltamt.

Jitka: Die Arbeitslosigkeit und die Armutproblematik müssen wir auch auf Gemeindeebene angehen, neue sozialpolitische Ideen entwickeln und umsetzen.

Ruedi: Personelle Fragen innerhalb der Feuerwehr, Personalprobleme innerhalb der Abteilung überhaupt. Im Gesamt-Gemeinderat die Aushandlung eines neuen Konzessionsvertrages mit der WWZ.

Hanspeter: Zurzeit sind in meinem Departement 13 Gesetzes-Vorlagen hängig. Am wichtigsten ist neben dem neuen Feuerpolizei-Gesetz ein neues Modell der Motorfahrzeugsteuer, bei dem die externen Kosten des Strassenverkehrs integriert sind. Interessant ist ein klassisches Deregulierungsprojekt: die Abschaffung der Bedürfnisklausel im Gastgewerbe und die Aufhebung der Polizeistunde. In diesem Zusammenhang hat mir übrigens Andreas Iten ein Anmeldeformular für die FDP geben wollen. Ich habe abgelehnt mit der Bemerkung, dass die echten Liberalen heute eben nicht mehr bei den Freisinnigen seien...

Im Gesamt-Regierungsrat müssen Urs Birchler und ich vor allem in Sachen Arbeitslosigkeit zusätzliche Ideen und Initiativen entwickeln.

Bulletin: *Wie sieht Eure persönliche Bilanz aus nach zwei Jahren?*

Irène: Der Aufwand ist grösser als erwartet, der Energieverschleiss auch, sodass ich manchmal schon an persönliche Grenzen gestossen bin. In Oberägeri bleibt einfach viel Verwaltungsarbeit am einzelnen Gemeinderat hängen. Manchmal habe

«Schweiss und Tränen»

ich auch die «graue» Männerwelt satt.

Ich habe aber auch oft «de Plausch», wenn ich z.B. sehe, dass ich etwas erreicht habe. Besonders gefällt mir der Kontakt zu vielen Menschen, die ich ohne dieses Amt nicht kennengelernt hätte. Ich habe sehr viel gelernt in diesen zwei Jahren.

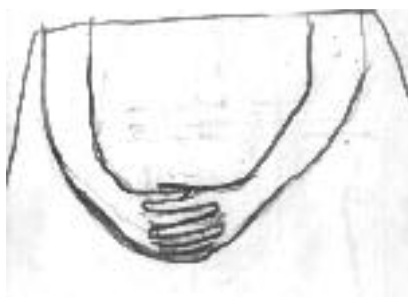
Jitka: Ich bin ohne politische Erfahrung in dieses Amt gegangen. In den Auseinandersetzungen im Gemeinderat lerne ich sehr viel.

Ich habe mir für den ganzen sozialen Bereich ein breites Wissen angeeignet. Das Sozialamt findet jetzt langsam Anerkennung als vollwertige Gemeindeaufgabe. Ich arbeite gerne als Gemeinderätin.

Ruedi: Meine Bilanz unterscheidet sich im ersten und zweiten Jahr.

Das erste Jahr war sehr schwierig und hat vor allem wegen der Auseinandersetzungen um die Ämterverteilung und die Vorenthaltung von wichtigen Informationen – und der danach herrschenden Missstimmung – viel Substanz gekostet. Nach der Aussprache in der Klausurtagung ging's dann aufwärts, ich bin wieder gerne Gemeinderat.

Hanspeter: Mir gefällt's immer noch gut! Für mich ist es das ideale Amt. Ich kann effizient politisieren, führe gerne eine Verwaltung und bin immer wieder mit interessanten juristischen Fragen konfrontiert. Neu für mich ist das Führen von soviel Personal.



Bulletin: Politik erhält jung! Ich danke Euch für das Gespräch. □

Daniel Brunner stellt sich kritisch zur «Performance» der linksalternativen Kräfte (und der SP) im Kanton Zug seit den grossen Wahlerfolgen vom Herbst 1990. Und die SVP bezeichnet er «auch als unser Problem». Doch wenn er zum Schluss «Schweiss und Tränen» verspricht, darf das auch sportlich-ironisch verstanden werden.

Daniel Brunner

Die SP feierte 1989 ihr 100-Jahr-Jubiläum mit dem Slogan «Die SP – die einzige ernstzunehmende Opposition in Stadt, im Kanton und im ganzen Land». Doch in Rotkreuz und Steinhausen irritiertenseit 1986 Gleis 3 und Frische Brise sichtlich die CVP/FDP-Konkordanz, ganz ohne SP. Und die vier VertreterInnen der SGA im Kantonsrat und im Zuger Gemeinderat zeigten fast am Band, wie auch eine kleine Gruppe die Mehrheitsblöcke in Zugzwang bringen kann. Sie gewannen in den Ratssälen zwar kaum Abstimmungen und redeten oft «für die Presse», doch nicht «zum Fenster hinaus». Die Angehörigen der Beton-«Fraktion» jedenfalls fühlten sich regelmässig behelligt. Insbesondere die Verbindung der Wohnungsmisere mit Raumplanungs- und Verkehrsproblemen sowie den Zuger Steuerspezialitäten passte für eine ganze Legislaturperiode exakt zum Wirtschaftsboom.

Eine ganze Reihe Volksabstimmungen und Initiativen machten klar, dass in Sachfragen neben den Regierungsblöcken (je nachdem blass bis ausgeprägt «rotgrüne») Mehrheiten möglich sind. Das und von der SGA aufgedeckte Skandale und Skandälchen (Archäologie in der Sennweid, seltsame Landgeschäfte des Zuger Stadtrats, der Kapo Umgang mit Strebel, die «üblichen» Auswüchse des Zuger Finanzplatzes) erhöhten das Interesse an

der Lokalpolitik markant und hielten die Stimmbeteiligung erstaunlich konstant auf Schweizer Spitzenniveau.

Wahlerfolge 1990...

Im Herbst 1990 gewannen die linken und alternativen Parteien im Durchschnitt 5 % WählerInnen. Kantonsweit wählten fast 30 % SP, SGA, Gleis 3, Frische Brise, Forum Oberägeri oder Kritisches Forum Cham. Das ist nicht überragend, aber immerhin erreichen wir damit fast den Schweizer Durchschnitt. In Zug schnellte der Anteil von SP, SGA und Bunten gar von 30 auf 40 %; in Oberägeri wurde das Forum mit zwei der fünf Gemeinderatssitze grösste «Partei». In Rotkreuz und Steinhausen sicherten Gleis 3 und Frische Brise ihren Sitz; die Angst vor Einbrüchen war weitgehend unbegründet. In Zug, Baar, Steinhausen und Hünenberg gewann die SP je einen Sitz in der Exekutive dazu (oder zurück). In Steinhausen gelang dies mit einer Liste Frische Brise/SP, in Baar und Zug zusammen mit der SGA; die Frische Brise brachte mehr als die Hälfte, die SGA jeweils 40 % der linken Stimmen. In Cham schaffte es das Kritische Forum auf Anhieb; nur knapp musste die SP statt der CVP den entsprechenden Sitz im Gemeinderat räumen. Und im Regierungsrat sitzt dank der gemeinsamen Liste SP/SGA/Frische Brise/Gleis 3 mit Hanspeter Uster erstmals ein nicht konkordanzorientierter Linker.

...waren schlecht vorbereitet

Viele von uns glaubten 1989 und 1990 nicht an solche Wahlerfolge. Schon deshalb waren die alternativen Gruppen nach den freudigen Wahnächten allesamt überfordert. Organisatorisch funktionierte zum Beispiel die SGA fast wie

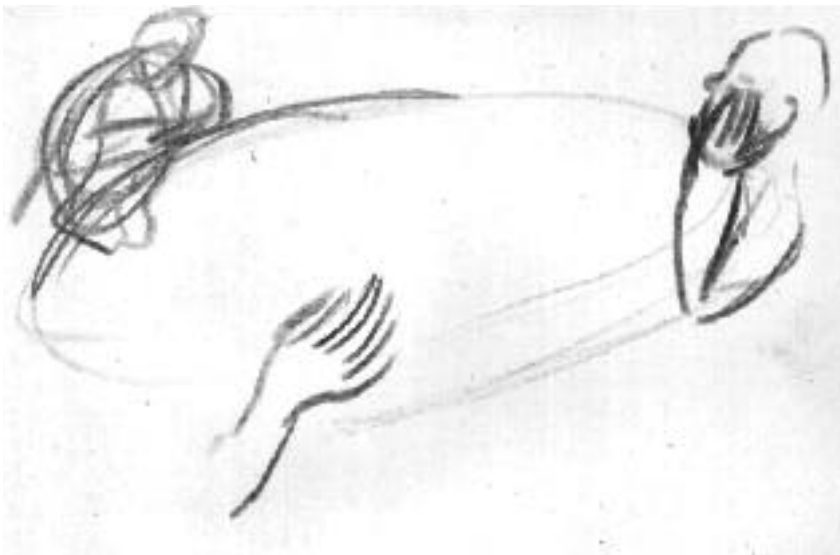
en weit hinter dem Anspruch zurück.

Niemand wusste, was wir nun mit unseren, trotz aller Erfolge minderheitlichen Stimmenanteilen machen sollten. Diskussionen über das Ende des Wirtschaftsbooms, über die Notwendigkeit einer Neupositionierung zwischen Regierung und

haupt mit der «linken SGA» zusammengehen würden, war vor den Wahlen nicht abgesprochen. Ausser Madeleine Landolt hatte kein Fraktionsmitglied Parlaments Erfahrung, und Hanspeter Uster hatte die Bank gewechselt. Die Aufgabe, aufgrund der Fraktionsstärke in den Kommissionen mitzumachen, überforderte die Neo-KantonsrätInnen gelegentlich recht brutal: Welche Position sollte zur Spitalplanung vertreten werden? Ist die Güselverbrennung tatsächlich scharf zu bekämpfen? Wie soll der soziale Wohnungsbau gefördert werden? Das sind nur drei der Fragen, bei denen die Alternative Fraktion bisher keine gute Figur abgab. Das verbreitete Gefühl, im bockig-bürgerlichen Rat «ins Leere» hinauszureden, ist nicht nur ein Problem der Zahl – das ist die Ausgangslage –, sondern ebenso der einzelnen KantonsrätInnen, ihres mangelnden politischen Willens oder fehlender «Visionen». Auch dass der erste Fraktionsausflug im Frühjahr 1991 zur Kantonspolizei führte, hat ungeschickterweise oppositionelle Energie für Exekutivprojekte kanalisiert. Denn Opposition, konstruktive, angriffige, ungezähmte Opposition ist das, was unsere Wählerinnen und Wähler zu Recht von uns verlangen.

Vom Wechseln der Rollen

In Baar, Oberägeri, Cham und Hünenberg versuchte die bürgerliche Mehrheit schon bei der Zuteilung der einzelnen Abteilungen oder dann spätestens bei den ersten gewichtigen Sachgeschäften, die neuen Exekutivmitglieder zu demütigen und zu zähmen. Die SP-Räte in Baar und Hünenberg beugten sich diesem Druck recht bald, während die VertreterInnen der alternativen Gruppierungen in Cham und Oberägeri ihre KollegInnen spätestens 1992 so weit hatten, dass diese auch



eine Basisgruppe, vom Herbst 89 bis in den Frühling 90 gab es faktisch keinen Vorstand. Die monatlichen Vollversammlungen trafen (theoretisch!) alle wichtigen Entscheidungen. Wie sollte eine Gruppe mit nun neun statt vier ParlamentarierInnen, einem Regierungsrat und einem halben Dutzend neuer Kommissionsmitglieder all die «institutionellen» Themen in Vollversammlungen diskutieren können? Die erst 1991 durchgezogene Dezentralisierung und Reorganisation zog Energien von den «eigentlichen» politischen Geschäften ab. Ähnliches wird aus den anderen alternativen Gruppen berichtet.

Die immer wieder beschworene «Vernetzung» der Alternativen zwischen den Gemeinden und auf kantonaler Ebene blieb nach den Wahl-

Opposition oder über gemeinsame Initiativprojekte waren noch 1991 kaum möglich. Das A und O der oppositionellen Politik zwischen 1987 und 1990, möglichst häufig eigene Themen einzubringen und den politischen Rhythmus durch Aktionen mindestens zeitweise selber zu bestimmen, kam uns in den letzten zwei Jahren fast abhanden. Das gilt sogar für die Stadt Zug, in der die SGA zwar eine recht starke Vorstellung liefert und mit vielen politischen Projekten aufwartet – nicht zu selten allerdings in Stellvertretung der enttäuschenden SP.

Inhaltlich und taktisch schlecht vorbereitet war 1990 vor allem die neugebildete Alternative Kantonsratsfraktion. Ob Frische Brise und Gleis 3 als politisch nicht so klar definierte, «breitere» Gruppen über-

in der Öffentlichkeit abweichende Meinungen (einigermassen) akzeptieren. Fast ohne Probleme war in dieser Beziehung Hanspeter Uster gestartet; er hat die für ihn, vor allem von der CVP, gespannten Fallstricke bisher meisterlich übersprungen.

Gelegentlich finden sich alternative Exekutivmitglieder auch in ambivalenten Rollen: Sollten in Risch überdimensionierte Bauzonen verteidigt werden, weil es nach einer Ablehnung der Ortsplanung «nur noch schlimmer» kommen würde? War die Kapo 1990 so effizient organisiert, dass die Umweltpolizei und das Einsatzpikett zwingend nach Personalaufstockungen verlangten? Oder führt das spezielle «Oberägerer Modell» nun zu günstigem Wohnbauland oder einfach zu weiträumigen Einzonungen?

Die Einsicht, dass eine Beteiligung an der Exekutive nicht die ganze Welt verbessert, täte uns und unseren SympathisantInnen gut. Wenigstens dann, wenn sich Basismitglieder – was leider und übers ganze Kantonsgebiet schwieriger wird – herausfordern liessen, eigene Themen und Prioritäten zu setzen. Immerhin zeigen die alternativen Exekutivmitglieder, dass sie anders politisieren können als gemäss üblichem SP-Muster. Auch über mangelnde Kontakte der Exekutivmit-

glieder mit der Basis wird bei uns deutlich weniger geklagt als in der SP. Ungenügend ist die systematische Verbindung zwischen den Möglichkeiten, die das Mitmachen in der Exekutive bringt – nicht zuletzt der (zeitliche) Informationsvorsprung – und der an der Basis vorherrschenden, meist wenig konkreten oder strukturierten Lust auf «action». Hier müssten die Exekutivmitglieder nicht auf Anfragen warten, sondern vermehrt von sich aus aktiv werden, zum Teil auch über die eigenen Gremien und Gemeinden hinaus.

SVP: Auch unser Problem

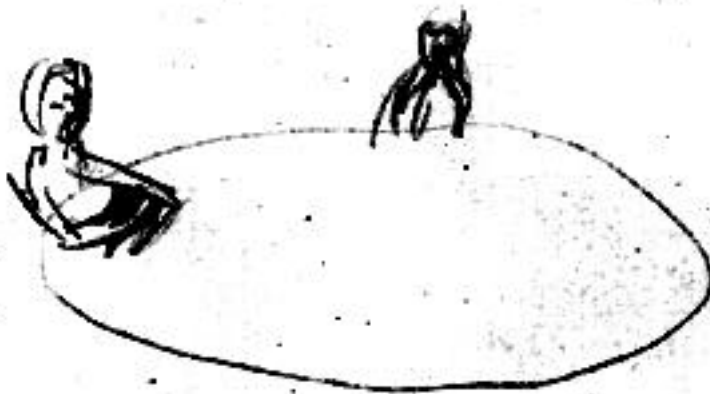
Mittlerweile hat eine andere Kraft die «oppositionelle Führungsrolle» übernommen. Die neugegründete SVP drängte schon kurz nach den Wahlen in den freigewordenen politischen Raum. Sie schürte Ressentiments gegen «rotgrüne Träumereien» des SGA-Regierungsrats und grün angehauchter Bürgerlicher, gegen Drögeler und AsylbewerberInnen. Dann kamen LehrerInnen-, Tempo- und andere Verkehrsleiden. Mit ihren Sparpostulaten nahm die SVP die Rezessionskurve ebenso elegant wie primitiv-assoziell, dominierte dank des EWR das ganze letzte Jahr. Mit Ausnahme

des Alternativvorschlags zur KVA gibt es seitens der SVP nur menschenfeindliche und verhindernde, destruktiv-autoritäre Politik. Nun wird schon ein Drittel der Arbeitslosen als «Klemmer» bezeichnet. Solche Cocktails von unverfroren ausgenützten Ressentiments sind von den BRD-Reps und anderen «modernen» Rechtsausenparteien her bekannt. Sie werden die politische Kultur im Kanton Zug in den nächsten Jahren weiter vergiften; es sei denn, vernünftige CVP- und FDP-PolitikerInnen rafften sich dazu auf, ihre ähnlich «populistisch» denkenden Parteimitglieder zur Raison zu bringen.

Nicht einmal «ideales» alternatives Politisieren hätte die SVP verhindert. Doch die SVP kam auch aufgrund unserer Mängel zu Erfolg, insbesondere wegen des zögerlichen bzw. auf Hanspeter Uster beschränkten alternativen Starts nach den Wahlen. Wir schaffen es auch selten, das Sparen über den leidigen Zivilschutz und die F/A-18 hinauszubringen und tatsächlich zur Prioritätenfrage zu machen. Ob wir Alternativen bis 1994 gegen die SVP noch genügend Gewicht in die Waagschale geben können, steht in den Sternen. Die Alternative Kantonsratsfraktion hat zwar 1992 langsam den Tritt gefunden, doch die SVP ist auch in den Gemeinden aktiv und hat mit Ausnahme der Stadt kaum alternativen Widerstand gefunden.

Grund zum Optimismus?

Dass die SP ihre Lüste aufs Monopol des «politikfähigen» Politisierens links von der Mitte seit 1991 wohl oder übel aufgegeben hat, ermöglicht eine gute Zusammenarbeit. Gelegentlich gibt es zwar noch Streitereien um das «Pachten» von Ideen, auch Informationen werden zurückgehalten – als wäre das z.B.





bei Fragen der Arbeitslosigkeit und der neuen Armut sinnvoll.

Vor den Wahlen '94 müssten wir Alternativen elektoral kaum Angst haben. Zwar dürfte der gesamte rot-grüne Bogen aufgrund der Rezession und der starken Töne der SVP einen Teil der 1990 neu gewonnenen WählerInnen verlieren. Das alternative Elektorat dürfte aber stabiler sein als jenes der SP: Unsere WählerInnen lassen sich durch fremdenfeindliche, autoritäre und autofreundliche Stimmungsmache weniger ansprechen. Alternative Aktivitäten waren in den meisten Gemeinden für «normale» PolitikonsumentInnen besser wahrnehmbar als jene der SP. Das schliesst natürlich nicht aus, dass der zweite Sitz des Forums Oberägeri gefährdet ist; 1990 spielte der Bonus, dass das Forum überhaupt Wahlen ermöglicht hatte. In Zug könnten besondere Konstellationen zu einem Verlust des zweiten SP-Sitzes im Stadtrat führen. Auch in Cham hängt viel von Listenkombinationen (und der SVP) ab.

Auch wenn wir selber unsere Sitze halten, werden Verluste der SP und grössere Gewinne der SVP (zwi-

schen 10 und 15 Prozent?) nach 1994 das Politisieren erschweren. Ebenso unangenehm wie voraussehbar ist auch, dass sich die CVP (als wohl grösste Verliererin) und die FDP nach den Wahlen als «Lehre» aus ihren Verlusten trotz des bereits erfolgten Rechtsrucks noch einmal dem rechten Wind anpassen werden. Jedenfalls sollten wir schon jetzt damit rechnen, um nach den Wahlen dem zynischen rechtsbürgerlichen Wind besser standzuhalten.

Schweiss und Tränen

Schon seit einem Jahr sind den Bürgerlichen die Stricke gerissen. Von integrativen Anliegen gemäss dem Schweizer Modell der «Volkspartei» sagen sich FDP und CVP los, die Christlichsozialen sind nicht einmal mehr ein Schatten ihrer selbst. Angesagt ist bürgerliches «Rollback», zum Beispiel in der Raumplanung: In Menzingen wird die Ortsplanung schon vor der Volksabstimmung zugunsten grösserer Gewerbegebiete «nachgebessert», in Zug bringen CVP und FDP die Stadtplanung ausser Rand und Band, und in Baar setzten sie auf das

gesetzwidrige Pferd der Früberg-Einzonung. Voll eingeschlagen hat rechtsbürgerliche Politik bei der kantonalen Personalpolitik. Wäre der SVP-Sieg im Zuger Tempo 30-Referendum vor den Beschlüssen über die Baarer und Steinhauser Zonen gekommen, wäre die CVP dort wohl gekippt. Bald wird der Angriff auf den öffentlichen Verkehr starten. Ungemütlich wird's bei der Spitalplanung. Usw. usf.

Wenn wir in diesem Umfeld nicht «untergehen» wollen, muss unsere Arbeit zwingend besser werden. Für die nächsten Wahlen müssen wir gute NachfolgerInnen für die Zurücktretenden und echte KonkurrentInnen für die wieder Kandidierenden finden; gewisse Listen dürften neckisch schwierige Frauenfragen aufwerfen. Natürlich dürfen wir uns nicht auf die institutionelle Politik versteifen. Konkret heisst das aber doch wieder, dass vor allem «jene mit Ämtern» (ob in Vorständen, Kommissionen oder Parlamenten) für andere sinnvolle und interessante Politgefässe zur Verfügung stellen, von Arbeits- bis zu Aktionsgruppen. Denn «die Basis» organisiert sich trotz unserer Vision der Selbstorganisation selten von allein. Programmatisch müssten wir so weit kommen, dass wir bei einzelnen Geschäften nicht immer bei A beginnen müssen.

Der Spruch, wonach Politisieren Lust machen müsse, ödet mich einigermaßen an. Das altmodische Wort «Verantwortung» dürfte genauso gut hinter gewisse Basisohren geschrieben werden. Meine Botschaft lautet denn auch: noch mehr «Schweiss und Tränen». Interessanterweise sind allerdings jene, die sich tatsächlich einmischen, trotz ihrer Früste meist besser gelaunt als jene, die sich dank Nichtstun ihre reine Oppositionsseele erhalten. □

Plädoyer für eine lebendige, vielseitige Politik

«Wenn die offizielle Politik den Staat einseitig als Vehikel und Rahmen für die Wirtschaft repräsentiert, wenn die Gesellschaft einseitig aus der Optik der Ökonomie gesehen wird, dann schweigen oder verstummen die Stimmen, die andere, umfassendere, ganzheitlichere Gesichtspunkte ins Gespräch bringen möchten. (...) Es darf doch nicht geschehen, dass die modischen Zauberworte wie Liberalisierung oder Deregulierung sich ohne Aufklärung der darin versteckten Mechanismen der Vereinfachung und des Populismus breitmachen dürfen.»

(Andreas Iten in der NZZ vom 26.1.1993)

Josef Lang*

Unter dem Titel «Krise der staatlichen Repräsentation» hat Andreas Iten kürzlich ein lesenswertes «Plädoyer für mehr Dialog zwischen Politik und Kultur» veröffentlicht. Hauptsächlich handelt es sich um eine kritische Bilanz des vergangenen Jahres.

Zwei Seiten der gleichen Medaille

Auch der freisinnige Iten sieht einen Zusammenhang zwischen überbordendem Ökonomismus und grassierendem Populismus. Diese beiden Haltungen haben den EWR-Abstimmungskampf derart dominiert, dass ganzheitlichere Gesichtspunkte ziemlich auf der Strecke blieben. Rücksichtslose Wirtschaftslastigkeit und rückwärtsgewandter Isolationismus bilden die zwei Seiten der gleichen Medaille. Die erste Option verspricht die Lösung der grossen Gesellschafts-Probleme in einem grenzenlosen Wachstum, wobei mit Grenzen nicht nur der Zoll, sondern auch soziale und ökologische Regelungen gemeint sind. Auf der Strecke bleiben dabei die zweite und dritte Welt ausserhalb und die wachsende neue Armut, die sogenannte vierte Welt, innerhalb der westeuropäischen Festung. Die zweite Option gaukelt den – auch von Linken oft leichtfertig als «Modernisierungsoffer» hingestellten – «kleinen Leuten» vor, ein Alleingang schütze vor Lohndumping, Arbeitslosigkeit,

Kriminalität und Demokratieverlust.

Weder die linksgrünen Ja- noch die Nein-SagerInnen vermochten einen Dritten Weg, der Öffnung und Sicherheit verbindet, aufzuzeigen. Im Gegenteil hat sich die Mehrheit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen BefürworterInnen nur halbbatzig unterschieden vom bürgerlich-kapitalistischen Ökonomismus. Und viele Grüne haben zu wenig getrennt zwischen demokratischer Souveränität der BürgerInnen und nationalistischer Souveränität der Schweiz und sich damit nur halbherzig vom Rechtspopulismus abgegrenzt.

Kritische Gegenmacht

Andreas Iten dürfte seine kritische Bilanz vor allem als Ständerat gezogen haben, weil sie auf das Zugerland nur beschränkt zutrifft. In unserem Kanton wurde letztes Jahr ganzheitlicher diskutiert und entschieden als andernorts.

Beginnen wir mit den chronologisch ersten und letzten Beispielen, der trotz allen Widerständen bewegenden Etter-Debatte und der fortschrittlichen Antwort des Regierungsrates auf die Rassismus-Interpellation, welche sich positiv abhebt von den schändlichen Asyl-Vorstössen anderer Kantone und die Ausdrück ist eines offeneren Klimas. Bei beiden Fragen geht es um den wichtigsten Rohstoff der Demokratie, die politische Kultur, und um das gefährlichste Problem im reichen Teil

der Welt, das Sinn-Defizit. In einer modernen Gesellschaft lassen sich Werte und Sinn nicht verordnen. Sie können nur im Dialog und in der Auseinandersetzung entstehen und wachsen. Dafür haben die beiden (von der SGA provozierten) Debatten Wichtiges geleistet. Andere Beispiele sind die Diskussionen um die Stasi- wie auch die Rich-RAC-Connections.

Andreas Iten zitiert in seinem Beitrag den linken Theoretiker Pierre Bourdieu: «Es gibt keine wirkliche Demokratie ohne eine wahre kritische Gegenmacht». Dank der im helvetischen Vergleich überdurchschnittlich starken und aktiven Alternativbewegung kommt im Kanton Zug nicht nur diese «kritische» Gegenmacht mehr zu Geltung. Auch die Demokratie ist damit «wirklicher». Beispiele dafür gibt es viele. Das auffälligste ist sicher, dass sich der Kanton Zug hinter dem Stimmzwang-Stand Schaffhausen zu dem mit der höchsten Stimmbeteiligung entwickelt hat. Dass der Hauptgrund für diese erfreuliche Tatsache in der politischen Lebendigkeit liegt, bestätigt der Umstand, dass die Stadt und nicht der Berg diesbezüglich obenaus schwingt. Die von allen Gewerkschaften getragenen Aktivitäten gegen den Stellenabbau in der Landis & Gyr stehen im Deutschschweizer Metallbereich (leider) beispiellos da. Nirgendwo gingen am Menschenrechtstag vom 10. Dezember verhältnismässig so viele Menschen auf die Strasse. Die Frauenwoche zeigte trotz inhaltli-

chen Beliebigkeiten eine für eine Provinzstadt erfreuliche feministische Präsenz. Bei der «Stop F/A-18»-Kampagne gehörte Zug mit 12,2% der Unterschriften zu den Spitzenkantonen. Der EWR-Abstimmungskampf war im Kanton Zug (abgesehen von der obligaten Blocher-Show der SVP und trotz der auffälligen Passivität der drei anderen Bundesratsparteien) vergleichsweise gelassen und ganzheitlich.

Eine weitere Folge dieser «kritischen Gegenmacht» und politischen Lebendigkeit ist die Schwierigkeit der Bürgerlichen, ihre Deregulierungs-Demagogie praktisch umzusetzen. In einem gewissen Sinne ist der Artikel von Andreas Iten, der trotz seiner theoretischen Offenheit praktisch ein Bürgerlicher ist und bleibt, ein Ausdruck dieser Verunsicherung. Beim L&G-Stellenabbau gerieten FdP und CVP in die Defensive, die SVP fiel mit einem beredten Schweigen auf. Schliesslich ist auch der Majorz-Flop der CVP ein Ausdruck geänderter Zeiten.

Paroli bieten

Der Kanton Zug (wie übrigens auch die Stadt Bern) zeigt, dass alternative Kräfte gerade in Zeiten, in denen alles in Bewegung gerät, Politik und Gesellschaft durchwegs beeinflussen und den populistischen und neoliberalen Vereinfachern Paroli bieten können. Was sie aber – mindestens alleine – nicht vermögen, ist das Kehren von Entwicklungen. Zum Beispiel die von den Bürgerlichen in der Stadtplanung zusätzlich betriebene Schwächung des Produktionsstandortes Zug, die gewachsenen sozialen Unterschiede, die Zunahme von Mobilität und Auto-Verkehr, das Rückgängigmachen von Gleichberechtigungs-Errungenschaften vor dem Hintergrund der Rezession. Dazu brauchen wir breite Bündnisse, einen langen Atem

und eine Öffentlichkeit, welche das Interesse für die politische Auseinandersetzung und Gestaltung bewahrt hat.

Meiner Meinung nach sind diese Voraussetzungen im Kanton Zug gegeben, nicht zuletzt dank unserer Arbeit und Glaubwürdigkeit. Diese wiederum hat mit der Tatsache zu tun, dass unsere Politik trotz Regie-



rungs- und Kommissionsbeteiligungen nicht «eng und schmalspurig» (Iten über die offizielle Politik) geworden ist.

Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir gegen diese Gefahr systematisch ankämpfen müssen – durch einen breiten Themenfächer, eine intensive Diskussionskultur, ein periodisches Hinterfragen unseres Aktivismus und unserer Organe und des Brechen des Routinismus durch die Pflege der Phantasie. Was Andreas Iten über die anderen Parteien schreibt, soll uns als Warnung dienen: «Der französische Soziologe Pierre Bourdieu bemängelt in einem Interview das ‘Schweigen der Politiker’. Sie seien ausserordentlich sparsam mit mobilisierenden Idealen. Dies komme von der Professionalisierung der Politik, die verhindere, dass enthusiastische Persönlichkeiten hervortreten. Dies würde die politische Karriere behindern oder verunmöglichen. Die pragmatische Anpassung an die Forderungen des Augenblicks ist gefragt.»

Alternativen statt Werbespots

Auch wir bekunden mehr Mühe als früher, «mobilisierende Ideale» zu entwickeln. Alles ist komplizierter, unübersichtlicher geworden. Zusätzlich mussten wir lernen, dass unsere vom 68er Aufbruch geprägten Vorstellungen vor allem in ökonomischer Hinsicht zu einfach waren und dass alles viel langsamer geht. Eine Botschaft aber hat auch nach 25 Jahren ihre Gültigkeit bewahrt: Wer sich pragmatisch anpasst, verliert sich in der alltäglichen Verwaltung, macht sich zum Sklaven von sogenannten Sachzwängen, vernachlässigt das Entwickeln von Alternativen und vergisst die Öffentlichkeit, das eigentliche Gefäss der Demokratie. Vor allem verlernt er es, aus Problemen Politika zu machen und so die Bevölkerung in die Suche nach Lösungen einzubeziehen.

Der Verzicht auf Politik und Profil – beispielsweise in den Wahlkämpfen, wo konkrete Aussagen durch unverbindliche Werbespots ersetzt wurden, um möglichst vielen zu gefallen – schafft jene Leere, die der Rechtspopulismus mit seinen Inhalten zu füllen versucht. Nehmen wir auch in Zukunft ernst, was der zurückgetretene CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher, ein anderer bürgerlicher Denker, seiner Partei ins Stammbuch geschrieben hat: «Nur durch das Aufzeigen von Alternativen kann sich der Stimmbürger eine eigene Meinung bilden. Mit dem Zelebrieren von abgedroschenen Phrasen löst man keine Probleme.» (Das Magazin vom 16.1.1993) □

* Diesen Artikel haben wir dem SGA-Jahresbericht 1992 entnommen.

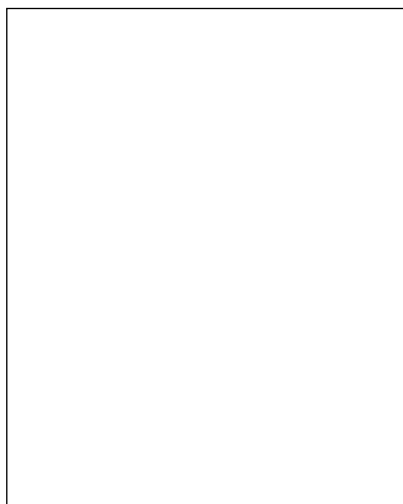
Das Patriarchat auf der Suche nach der «richtigen» Frau

Realsatire in zwei Akten

Anita Stadler

JedeR wollte das Gesicht wahren, alle haben es verloren! Das Strategie-spiel wurde erstmals von einer Mehrheit des Volkes als lächerlich empfunden. Angefangen bei Francis Matthey, der sich die Opferrolle hätte ersparen können. Wieso hat er nicht ganz klar und deutlich gesagt, dass er eine allfällige Wahl nie annehmen werde? Ihn jetzt als den grossen Mann, der zugunsten einer Frau auf dieses ehrwürdige Amt verzichtet hat, zu feiern, ist einfach!

Aber auch der «Oberstrategie» Bodenmann hat eine durchsichtige Rolle gespielt. So lange wie notwendig an der Kandidatur Brunner mit nicht allzu grosser Überzeugung festhalten, um dann ganz nach dem Wunsch der Bürgerlichen eine zweite Frau zu präsentieren. Wieso hat sich Christiane Brunner dieses Spiel bieten lassen? Hätte Sie nicht ganz klar auf ihrer Einerkandidatur be-



harren müssen? Wieso spielt eine emanzipierte Frau dieses «Ausspielen» mit? Frau Dreifuss hat damit die auch von ihr so herbeigesehnte Wahl von Frau Brunner bewusst gefährdet. Ich war enttäuscht, dass die politischen Zwillinge nicht den Vorschlag, gemeinsam das Bundesrätinnenamt anzutreten, gemacht haben. Dies wäre doch eine echte

Herausforderung an die vereinigte Bundesversammlung gewesen.

Die Enttäuschung bei den Frauen ist berechtigt. Noch nie haben sich so viele Frauen und Männer «aktiv» an den Bundesratswahlen beteiligt. Die SP hat durch den Zweier-vorschlag einen grossen Teil von ihnen vor den Kopf gestossen. Die SP hat ein grosses Potential verspielt.

Mit der Wahl von Ruth Dreifuss glauben die Bürgerlichen das «berechenbarere und lernfähigere Übel» gewählt zu haben. Lernfähig und noch beeinflussbar in der Armee-frage ist prioritär. Das Ganze zeigt auch, dass die Bürgerlichen ohne SP nicht regieren wollen oder können, die SP sich aber vor der unbekanntenen Oppositionsrolle wahrscheinlich zu recht fürchtet.

Der Souverän hat sich selbst in diesen Tagen bewiesen, dass es sich lohnt, auf die Strasse zu gehen. Vielen wurde erstmals bewusst, wo die wirkliche Macht liegt! □

Wider die verlogene Gleichberechtigungsrhetorik!

Sybilla Schmid

Damit, dass Christiane Brunner eine Frau ist, hat ihre Nichtwahl angeblich nichts oder doch nur am Rande zu tun. Alle hätten so gerne mehr Frauen im Kader, aber leider wollen die Frauen selber nicht. Am liebsten würde man für diese Stelle eine Frau anstellen, gleiche Qualifikation vorausgesetzt, doch bedauerlicherweise haben sich nur die falschen Frauen beworben. In der Arbeitswelt wie in



der Politik, immer dieselbe Leier: Alle sind positiv gegenüber Frauen eingestellt und motiviert, doch nie, scheint es, können die «richtigen» Frauen gefunden werden. Alles Floskeln, reine Gleichberechtigungsrhetorik! Alle sind dafür, und trotzdem geschieht nie etwas. Wie schön!

Christiane Brunner will in den Bundesrat, und sie ist mindestens so gut qualifiziert wie Francis Matthey, und trotzdem will eine 130-köpfige Parlamentsmehrheit nichts von ihr wissen. Alle sind für die Gleichstel-

lung, doch gegen ein in Ansätzen griffiges Gleichstellungsgesetz regt sich bereits erbitterter Widerstand. Gleichberechtigung ja, solange es um mehr Pflichten, z.B. höheres Frauenrentenalter oder Feuerwehrpflicht für Frauen, geht – Gleichberechtigung nein, sobald es um mehr Rechte, z.B. repräsentative Frauenanteile auf allen Ebenen und Lohnleichheit, geht. Wie praktisch!

Ich pfeife auf diese Gleichberechtigung. Am besten würden wir sie aus der Verfassung wieder heraus-

streichen und eine Diskriminierungsklausel einführen. Dann wären die Verhältnisse wenigstens klar, und wir Frauen hätten wieder das Recht, uns zu empören.

Alle möglichen Kriterien gelten bei einer Bundesratswahl als sakrosankt. Nur der Anspruch von 54% der CH-Bevölkerung auf mindestens eine Vertretung in diesem Gremium wird ignoriert, als wenn die Geschlechtszugehörigkeit in unserer, ach so gleichberechtigten, Gesellschaft keine Rolle mehr spielen würde. Fazit: Der sanfte, evolutionäre Weg führt offensichtlich nicht zum

Ziel. Nach 22 Jahren Wählbarkeit hat es erst eine Frau für kurze Zeit geschafft, Bundesrätin zu werden. Auch die parlamentarischen Frauenvertretungen sind unterproportional geblieben. Es scheint, dass die Zeit für radikale Quotenregelungen gekommen ist. Mindestens die Hälfte der Sitze den Frauen! Im Bundesrat 4 : 3. Solange das nicht realisiert ist, müssen Frauen, zur Kompensation der Ungleichstellung, als nicht vollwertige Staatsbürgerinnen keine Steuern mehr bezahlen. So lautet der Vorschlag für die nächsten Steuergesetzrevisionen. □

Gloria Viktoria und wie sie alle heissen

Luzia Gassner*

Bern, 10. März 1993. In der Cafeteria fast ausschliesslich Frauen. Die Farbe violett überwiegt. Welsche Töne sind angesagt.

Überall Ansteckknöpfe mit der Aufschrift: Frauenpower.

Vor dem Café FÉdÉral verteilt ein grüner Nationalrat rosa Flugis für die Frauenquote. Wie bei einem Sternmarsch treffen von allen Gassen Frauen und Männer auf dem Bundesplatz (heisst er überhaupt so?) ein. Generalstabsmässig geplant, wie von ultrakonservativen Nationalräten behauptet.

Die Vordersten werden bereits an die Gitter gedrängt. Violette Ballone wirbeln durch die Luft.

Plötzlich ein lautes Pfeifkonzert. Da ich nur Rücken und Transpis vor mir sehe, kann ich nur vermuten, dass irgend ein bürgerlicher «Anti-Brunner Nationalrat» beim Haupteingang gesichtet wurde.

Über ein Mikrofon und Laut-



sprecher wird die farbige Masse auf dem Laufenden gehalten. Das Grey-mouse Powerplay hat begonnen.

Immer wieder «Brunner, Brunner... Christiane, Christiane», aber auch «wähle, wähle...»

Nach geschlagenen 4 Stunden Stehen, die Füsse ohne Gefühl, aber die Sonne im Gesicht, haben wir die Gewissheit: Ruth Dreifuss ist gewählt, Christiane Brunner ist die Verliererin.

Kein Lachen, kein Weinen, etwas dazwischen. Eine Frau vor mir hat keine Lust mehr, zur Arbeit zu gehen, die sollen sehen, wie sie ohne sie fertig werden. Die Freude ist gedämpft, wir hatten doch falsche Hoffnungen. Auch mir geht es so.

Um die Zeit zu überbrücken, bis die beiden Frauen zu uns sprechen, werden Lieder gesungen. Ich sehe zwar nicht bis zur Bühne, aber ich vermute, Frauen der Luzerner Emazonen zu hören und später Dodo Hug mit dem Refrain: «Gloria Viktoria, Zyt isch da, mer send parat, mer wend jetzt i dä Bondesrat!»

Heute, einen Tag danach. Alle suchen nach Erklärungen. Die Wellen innerhalb der SP glätten sich langsam. Aber ganz so wohl ist uns nicht dabei.

Die Lust am Analysieren ist mir vergangen, die Lust am Politisieren aber keineswegs. Ist das auch ein «Brunner-Effekt»? □

* Luzia Gassner ist SP-Kantonsrätin und wohnt in Hünenberg.

Die schwierige Suche nach den «Schweizer Spezialitäten»

Wie geht es nun weiter nach dem EWR-Nein?

Annemarie Csomor

Was ist nach dem allseitigen Katzenjammer geschehen? Die Zahl der Arbeitslosen ist mittlerweile auf 160'000 gestiegen. Der nicht vollzogene Beitritt hemmt jedoch die Investitionsfreudigkeit, einzelne Branchen wie die Textil- und Maschinenindustrie beklagen fehlendes Auftragsvolumen, Exportschwierigkeiten wegen der vermehrt spürbaren Barrieren. Das Schlagwort heisst revitalisieren, damit die Schweiz als rentabler Standort für den Export erhalten bleibt. Diese Revitalisierung soll vor allem in den Bereichen Betriebsökonomie (Organisation, Schulung, Ausbildung), Bau und Boden (Verbilligung der Baukosten,

Verkürzung der Bewilligungsverfahren, Senkung der Bodenpreise) stattfinden.

Auf politischer Ebene tut sich in Sachen Beitrittsverhandlungen in nächster Zeit nichts, das Beitrittsgesuch wurde auf Eis gelegt, aber nicht zurückgezogen. Bern will die Beziehungen zur EG ausbauen, und zwar hauptsächlich beim Warenaustausch, beim Transportwesen, bei der Forschungszusammenarbeit sowie im Bildungswesen. Die EG scheint im Moment andere Prioritäten zu haben, wie die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland, Norwegen. Auch wird sie Gegenforderungen stellen und Erfolge von der Verwirklichung der Swisslex abhängig machen. Die Schweiz wiederum hat nach dem

EWR-Nein keine Eile, das Saisonierstatut abzuschaffen, den Abbau der Kartelle zu forcieren usw.

1993 wird ein rauhes Jahr in Sachen wirtschaftlicher Stagnation und Arbeitslosigkeit. Das EWR-Nein hat keine Beruhigung gebracht, das Problem Schweiz-Europa nicht gelöst. Die sozialen Auseinandersetzungen werden sich verstärken, das politische Klima wird rauher werden, und die gegenseitigen Schuldzuweisungen, betreffend die wirtschaftliche und soziale Misere, werden zunehmen.

1993 ist aber auch das Jahr, wo Voraussetzungen geschaffen werden für den in einigen Jahren fälligen zweiten demokratischen Entscheid über die Stellung der Schweiz in Europa. □

Auslöffeln einer schlechten Suppe

Daniel Brunner

Die gesetzliche Grundlage für Gentech-Freilandversuche fehlt. PVC-Flaschen, gewisse Lebensmittelzusatzstoffe sowie laute Töffs dürfen nicht importiert werden. Mehr Vorteile des EWR-Neins sehe ich nicht – ausser ich würde das SGA-Nein dazu zählen, weil sich die SVP nun nicht als einzige «Vertreterin der Volksmehrheit» brüsten kann. Aber das SGA-Nein hat uns eine offensive Kampagne gegen das Saisonierstatut und für die Freizügigkeit des Personenverkehrs gekostet. Auch die für uns als Oppositionelle interessanten, «direkt anwendbaren» EG-Richtlinien zur Gleichstellung und zu den Umwelt-Informationsrechten bleiben in den Sternen.

Einigen oppositionellen Seelen

tat es sicher wohl, auf der Welle «gegen die da oben» mitzureiten. Unsere WählerInnen sahen die fremdenfeindliche und schweizerisch-hochnäsige Suppe, die da mitschwamm, offenbar realistischer: Mehr als drei Viertel der sich links Verstehenden und sogar die Hälfte der GP-WählerInnen haben gesamtschweizerisch Ja gestimmt, gleich viele Frauen wie Männer.

Warum fand die Meinung, die Schweiz rolle nach einem Nein eher in die von uns gewünschte Richtung, bei uns so viele AnhängerInnen? Steht nun statt der kritisierten «Festung Westeuropa» eine offene Schweiz an? Gibt es am Gotthard in Zukunft einen Lastwagen weniger? Wer ausser einigen Ideologen will eine «unter dem Demokratieaspekt hochinteressante» EG-Debatte, wenn die EG beim Volk auf Jahre

hinaus keine Chance hat? Sind mittelfristig negative wirtschaftliche Folgen des EWR-Neins zu bestreiten? Möchten wir uns mit den Banken auf die «Schweizer Spezialitäten» konzentrieren?

Jedenfalls dürfen wir die Folgen des Neins schon fleissig auslöffeln. Dazu gehört nicht nur der Salat zwischen Deutschschweiz und Transjura. Zwei Tage nach der Abstimmung brachen die Bürgerlichen das AKW-Moratorium; sie blasen jetzt zum Angriff auf die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei Grossprojekten, auf das Raumplanungsgesetz, das AHV-Alter der Frauen usw. Wären diese Projekte auch bei einem EWR-Ja so knallhart auf der Agenda? Linksgrüne EWR-KritikerInnen und die Umweltorganisationen fanden seit dem 6. Dezember jedenfalls den Tritt nicht mehr. □

Der UNO statt dem EWR beitreten!

Josef Lang

Was für ein Wechsel des Szenarios! Noch vor vier Monaten machte die Schweiz den Eindruck, es gäbe in der Schweizer Politik und Öffentlichkeit fast nur Männer. Und wir ständen vor der Wahl zwischen einem rücksichtslosen Ökonomismus und einem ewiggestrigen Isolationismus. Und jetzt ist die Öffentlichkeit geprägt von den bewegten Frauen und von ihren fortschrittlichen Themen.

Die EWR-Debatte war nicht nur männer-, sondern auch rechtslastig. Oder will jemand sagen, der FDP-Mühlemann von der Schweizerischen Bankgesellschaft, Carlo Schmid von der Innerrhoder CVP oder «unser» Georg Stucky wären fortschrittlicher und rücksichtsvoller als Blocher und Co? Ist es nicht auffällig, dass die drei erwähnten Pro-EWR-Protagonisten zu den Hauptgegnern einer Bundesrätin Christiane Brunner gehörten? Der EWR war zu wirtschaftslastig und zu rücksichtslos gegenüber den demokratischen, ökologischen und sozialen Errungenschaften, um einen positiven Prozess in Gang setzen und ein positives Resultat zeitigen zu können.

«Röstigraben» zwischen oben und unten

Wenn es beim EWR (abgesehen vom Röstigraben) eine relevante Spaltung gegeben hat, war es nicht die zwischen progressiver und reaktionärer Schweiz, sondern die zwischen oben und unten. Laut den Untersuchungen des Zürcher Forschungsinstituts «cultur prospectiv» wie auch der Uni-Vox haben die unteren Einkommenschichten grossmehrheitlich nein und die Reichen



Die EG wird – aus Schweizer Sicht nicht ganz zu unrecht – als Öffnungsprojekt angepriesen. Doch die Handelspolitik der EG ist alles andere als weltoffen: Zum Nachteil der grossen lateinamerikanischen Bananenproduzentenländer werden die Bananen aus dem eigenen «Hinterhof» bevorzugt.

■ Illustration «Die Weltwoche» Nr. 7 vom 18.2.93

ebenso deutlich ja gestimmt. Die ArbeiterInnen befürchten zu Recht, dass sie mit der zunehmenden Konkurrenz vor allem im Arbeitsmarkt an den Rand gedrängt werden. «Cultur prospectiv» kommt deshalb zum Schluss: «Mit wachsenden Verlierersegmenten lässt sich in Zukunft ein Öffnungsprojekt kaum plebiszitär durchsetzen».

Mittelfristig auf die veränderte EG setzen

Wer also die europäische Integration weiterführen will, hat dafür zu sorgen, dass die sozialen Netze stärker und nicht löchriger werden. Und muss dabei bedenken, dass von den «kleinen Leuten» in unserem Land auch die direkte Demokratie

als soziale Sicherheit angesehen wird. Vor diesem Hintergrund erweist die neu lancierte EWR-Initiative, welche den Bundesrat ermächtigt, «die notwendigen Abkommen auszuhandeln, abzuschliessen und zu ratifizieren», das Parlament und das Volk also entmachtet, der richtigen und wichtigen Sache der europäischen Integration einen Bären dienst.

Vergessen wir den wirtschaftslastigen EWR! Setzen wir mittelfristig auf die veränderte Europäische Gemeinschaft! Und kämpfen wir schon jetzt für eine Schweiz, die nicht aus ökonomischen Interessen, sondern aus solidarischen Gründen der UNO beitrifft. In dieser Debatte werden nicht nur die Linken, sondern auch die Frauen mehr zu sagen haben. □

Doch ein Gleichstellungsgesetz

Anders als die Mehrheit des Zuger Regierungsrats es wollte, soll nun doch ein eidgenössisches Gleichstellungsgesetz erlassen werden. Wie bitter nötig dies ist, hat die frauenfeindliche Haltung der bürgerlich-männlichen Parlamentsmehrheit bei den Bundesratsersatzwahlen gezeigt.

Hanspeter Uster

Im Bulletin 3/91 war es zu lesen: Neben der ablehnenden Vernehmlassung der Zuger Regierung zum Entwurf für ein eidgenössisches Gleichstellungsgesetz lag ein Alternativbericht der Justiz- und Polizeidirektion vor. Dort wurde der Gesetzesvorschlag ausdrücklich begrüsst. Ich war und bin weiterhin davon überzeugt: Ein solches Gesetz ist ein absolut nötiges und auch taugliches Instrument zur Durchsetzung der in der Verfassung seit über einem Jahrzehnt verankerten Gleichstellung von Frau und Mann.

In der Kantonsratsdebatte vom 29. August 1991 hielt Kantonsrätin Sybilla Schmid fest, dass die so objektiv juristisch daher kommende regierungsrätliche Vernehmlassung so objektiv wohl kaum sei. Die alternative Fassung habe nämlich gezeigt, dass juristisch auch für das Gleichstellungsgesetz argumentiert werden kann, wenn man nur wolle. Ende Februar 1992 ist nun die Botschaft an die eidgenössischen Räte herausgekommen. In allen wesentlichen Punkten wird am Gesetzesentwurf festgehalten. Der Mehrheitsbericht des Zuger Regierungsrates hat also kein Gehör gefunden.

Druck auf die bürgerlich-männliche Mehrheit

Auf einem anderen Blatt steht allerdings, wie die bürgerlich-männliche Parlamentsmehrheit vorgehen



«Präzisierung möchten wir Ihnen zeigen, wie wir uns die stufenweise Gleichstellung von Mann und Frau vorstellen.»

■ Illustration «Tages-Anzeiger» 25.02.93

wird. Wenn sie an ihrem Verhalten vom 3. März 1993 festhält, sieht es nicht gut aus. Die Ereignisse nach der Nicht-Wahl von Christiane Brunner haben aber gezeigt, wie die Frauen – und die fortschrittlichen Männer – Druck entwickeln können. Sie stehen jetzt unter Druck, die Herren Parteipräsidenten Uhlmann, Steinegger und die Saftwurzel Carlo Schmid samt ihrer Gefolgschaft, die getreues Abbild des helvetischen Minimaldurchschnittes ist. Und ich frage mich, woher die bürgerlichen Provokateure überhaupt noch den Mut nehmen, die nochmalige Einernomination Christiane Brunners durch den SP-Parteivorstand* als «Provokation» zu bezeichnen. Das Raumschiff Bundeshaus schwebt in Galaxien, wo immer noch der Stammtisch das Mass des politischen Kalküls darstellt und niemand merkt, dass das Mass voll ist.

Das Beispiel der Bundesratsersatzwahl zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, über das politische

Gremium hinaus, wo wir aktiv sind, den Bezug zur Wirklichkeit nicht zu verlieren. Christiane Brunner repräsentiert genau das: Sie ist nah an der gesellschaftlichen und sozialen Realität, sie ist offen, und sie pflegt eine offene Sprache. Sie entspricht tatsächlich nicht dem gängigen Bild einer Politikerin (neben der Tatsache, dass sie eine Frau ist): genau das hat sie für die typischen, fast karikaturenhaft typischen, Politiker nicht wählbar gemacht. Dass sie damit einen Sturm der Empörung auslösen und dass ausserordentlich viele Frauen eine Nichtwahl von Christiane Brunner als Affront empfinden: das kam ihnen entweder nicht in den Sinn, sie nahmen es nicht ernst – oder sie haben sich auf gewisse Signale der SP-Parteileitung verlassen, dass diese auch mit einem Bundesrat Matthey würde leben können. Doch auch sie – auch sie ein Teil der «Classe politique» – konnte sich in der Fraktion nicht durchsetzen; den Frauen gelang es, den Entscheid

über die Wahlannahme mit 22:16 (bei 3 Enthaltungen) um eine Woche zu verschieben.

Opferhilfegesetz: zum Schutz der Opfer

Das eidgenössische Opferhilfegesetz will Opfer von Straftaten besser schützen. Die Kantone sind mit dem Vollzug beauftragt. Es geht insbesondere darum, den Opfern bessere Rechte einzuräumen, ihnen Beratungsstellen zur Verfügung zu stellen und ihnen zu ermöglichen, ihre Ansprüche auf Schadenersatz oder Genugtuung geltend zu machen.

Ganz besonders betroffen sind sexuell missbrauchte Kinder oder Frauen, die vergewaltigt worden sind. Sie haben nun die folgenden Möglichkeiten: Sie können sich an eine Beratungsstelle wenden, die sie kostenlos und unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte über ihre Rechte berät und bei deren Durchsetzung berät.

Sie haben Anspruch darauf, bei der Polizei und beim Verhöramt von einer Frau befragt zu werden; sie können überdies verlangen, dass das Gericht, das das Urteil gegen den Täter fällt, auch mit Frauen besetzt ist. Schliesslich können die Opfer ihre Ansprüche gegen den Täter in einem einfachen und raschen Verfahren geltend machen.

Im Kanton Zug ist die Justiz- und Polizeidirektion für die Opferhilfe zuständig. Sie hat zuhanden des Regierungsrates die Einführungsverordnung ausgearbeitet, und sie entscheidet über Ansprüche auf Schadenersatz oder Genugtuung, und sie bezeichnet auch die Beratungsstellen.

Die definitive Anerkennung verschiedener Stellen steht kurz bevor; ein Opfer kann sich aber schon heute direkt an die Justiz- und Polizeidirektion unter der Telefonnummer 25 39 45 wenden, wo die zuständige Sachbearbeiterin, lic.iur. Michèle

Kathriner, Auskunft gibt.

Der Vollzug des Opferhilfegesetzes ist auf kantonaler Ebene ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung, die Opfer – zusätzlich zu den Folgen der Tat – trifft. Es liegt uns daran, allen Opfern eine optimale Beratung und grösstmöglichen Schutz zu gewähren. Ganz besonders sollen die Anliegen der Opfer ernst genommen werden, was – gerade bei Vergewaltigungen – bedeutet, dass sie von der Polizei so behandelt werden, wie es sich gehört: als Opfer – und nicht als Mittäterinnen.

Wegweisung von Tamilen nochmals überprüfen

Seit Jahren können Tamilinnen und Tamilen, auch wenn ihr Asylgesuch abgelehnt worden ist, in der Schweiz bleiben. Eine Rückreise nach Sri Lanka ist nicht zumutbar. Das hat unter anderem dazu geführt, dass ich im Frühling 1991 über 80 humanitäre Aufenthaltsbewilligungen veranlassen konnte; inzwischen konnten verschiedene Tamilen ihre Ehefrauen nachkommen lassen. In diesem Zusammenhang fällt der Regierungsrat einen Grundsatzentscheid, dass der Nachzug der Ehegattin oder des Ehegatten auch dann bewilligt wird, wenn bloss eine Einzimmerwohnung zur Verfügung steht. Damit wurde die Praxis der Fremdenpolizei, die in solchen Fällen bisher den Nachzug verweigert hatte, aufgehoben – eine kleine Änderung, die aber positive Auswirkungen auf das Leben einiger Ausländerinnen und Ausländer haben wird.

Der Bund plant jetzt aber eine Abkehr vom Prinzip, dass Tamilinnen und Tamilen hier bleiben können. Entgegen der klaren Auffassung der Flüchtlingsorganisationen und von Amnesty International, dass eine Wegweisung angesichts der

weiterhin angespannten Lage in Sri Lanka nicht zumutbar ist, will der Bund nun Wegweisungsentscheide fällen. Vorerst sind diese beschränkt auf GesuchstellerInnen, die nach dem 1. September 1992 ein Asylgesuch stellen. Wie schon bei der Wegweisung von Flüchtlingen aus dem Kosovo und aus Türkisch-Kurdistan bin ich gegenüber dieser Praxis sehr skeptisch. Gerade die Ausreise eines Kurden – er musste trotz meiner Bemühungen und meiner grundsätzlichen Weigerung, Kurden auszuweisen, die Schweiz verlassen – hat gezeigt, dass das Risiko, wie ich es dem Bund mehrmals mitgeteilt hatte, unverändert gross ist. Auch hier: nicht der – oftmals – fremdenfeindliche Stammtisch darf unsere Politik leiten. Meine Orientierung ist und bleibt eine humanitäre und Leib und Leben der Betroffenen achtende Grundhaltung.

Fichensicht erhalten

Obwohl der Regierungsrat mir 1990 keine Einsicht in die kantonalen Fichen geben wollte, zog ich diesen Entscheid an das Verwaltungsgericht weiter. Dessen gleichlautenden Entscheid zog ich ans Bundesgericht weiter – und schliesslich hat der Regierungsrat im November 1992 – ohne mich, ich war im Ausstand – meinem Begehren entsprochen.

Dieser Entscheid hat natürlich nicht nur Bedeutung für mich, sondern für alle, die davon ausgehen, dass in ihrer kantonalen Fiche mehr steht als in der Bundesfiche (wie es bei mir der Fall war). In den nächsten Wochen wird in diesem Sinne über das weitere Vorgehen zu entscheiden sein. □

* Der Bericht wurde am 7. März, d.h. noch vor dem Entscheid der SP-Fraktion zugunsten einer Doppelkandidatur verfasst.

Das Nachtbuxi kommt

«Die Zeit des blossen Fragestellens ist vorbei!»

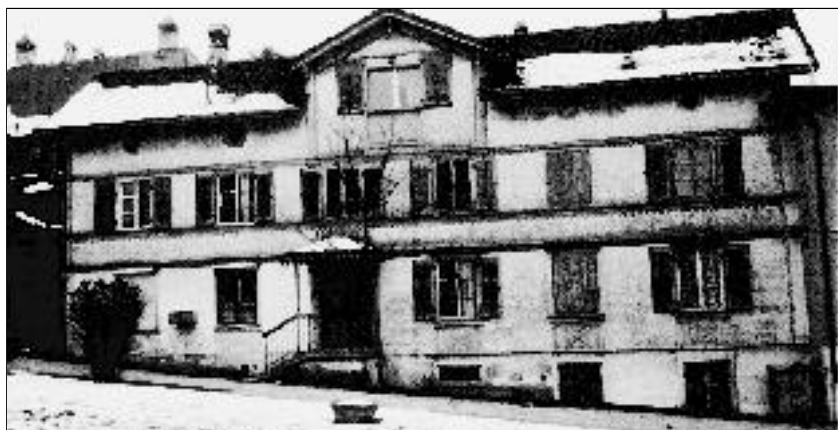
Urs Kem

29. Oktober 1992. Sybilla Schmid fordert namens der Alternativen Fraktion Rückweisung des Geschäfts betreffend Kauf des Gaswerkareals.*

Am gleichen Morgen findet zum Thema Arbeitslosigkeit eine längere Diskussion statt. Toni Kleimann setzt sich kritisch mit der Situation in der Landis und Gyr auseinander. Er wirft der neuen Landis und Gyr Führung vor, dass mit dem Zauberwort «Gewinnmaximierung» keine Arbeitsplätze zu retten sind (wohl aber die Dividenden der Aktionäre, wie die letzte Generalversammlung gezeigt hat!). Toni Kleimann setzt dann aber zu einem längeren Votum in Sachen Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose an. Es gibt etwa 30 solcher Programme in verschiedenen Städten – Zürich, Winterthur, Bern, Grenchen usw. – überall werden diese mit Erfolg angewendet. Hier würden einige Telefonate genügen, und wir wüssten mehr. Er schliesst sein Votum mit den zukunftssträchtigen Worten: «Die Zeit des blossen Fragestellens ist vorbei, es müssen jetzt konkrete Taten folgen!» Regierungsrat Bisig antwortet ihm, dass keine Programme veranstaltet werden sollen, die Alibiübungen gleichkommen. Erst vier Monate später werden die ersten Programme präsentiert. Ich frage mich: Ist Effizienz ein Fremdwort oder mangelt es an politischem Willen?

Schlammschlacht

Wir erinnern uns: Turbulenzen am Verhöramt, dann die einstweilige Beurlaubung und schlussendlich die Auflösung des Dienstverhältnisses mit dem Geschäftsleiter des Ver-



Durchgangsstation Zugerbergstrasse.

■ Bild Reto Hunziker

höramtes des Kantons, Martin Eichenberger (FDP). Eigentlich hatte das ganze schon sehr schlecht angefangen. Die Wahl von Martin Eichenberger klappte erst beim zweiten Mal. Damals hatte Beat Holdener ein paar kritische Fragen zum zur Wahl stehenden Martin Eichenberger gestellt, und prompt fiel er durch den ersten Wahlgang. Dass diese Rechnung erst viele Monate später beglichen wurde, und dann erst noch mit dem kurz vor der Pensionierung stehenden Obergerichtspräsidenten Kamer, finde ich nach wie vor empörend und verachtenswert. Doch der Reihe nach. Joachim Eder (FDP) stellte nicht mehr das Problem des Verhöramtes an sich in den Vordergrund, sondern zog gleich von Beginn weg gegen den Bericht des Obergerichtes los. Unausgewogen, tendenziell aufgebauscht, Stimmungsmache gegen Martin Eichenberger war seine Stossrichtung. Den Vogel abgeschossen hat dann aber Philipp Dossenbach (CVP). Sein Schlusspruch, zynisch und aggressiv, nach etlichen Vorwürfen an die Adresse der Verfasser des Berichts: «Herr Obergerichtspräsident: Dies war nicht ihr Meisterstück! Aber die Verantwortung für diese 90 Seiten

liegt bei Ihnen!» Ich frage mich, was da für Abrechnungen dahinterstecken. Obergerichtspräsident Kamer war langjähriges Mitglied des Kantonsrates und hat, so wurde mir erzählt, mit intelligenten Voten für das liberale Gedankengut gekämpft.

Stimmrecht für AusländerInnen

Dass die Motion von Armin Jans für die Einführung des Stimmrechts auf gemeindlicher Ebene für Ausländer und Ausländerinnen keine Chance hatte, war von Anfang an klar. Nachdem sich dann aber nicht einmal der sogenannte «christlich soziale» Flügel der CVP zu Wort gemeldet hatte, sondern nur U.B. Wyss als einziger Bürgerlicher sich bequeme, seine Meinung zu vertreten, war der Fall vollends klar. Die Motion wurde mit 48 : 8 Stimmen für nicht erheblich erklärt. Daran konnten Toni Kleimann und Urs Kern, die sich beide zu Wort meldeten, auch nichts ändern.

Dann der letzte grosse Auftritt von Madeleine Landolt. Thema war die von ihr eingereichte Motion, welche eine Bewilligungspflicht für den Verkauf von Mietwohnungen verlangte. Sie erklärte, worum es ihr

ginge. Nicht die Verhinderung von Wohnungsverkäufen sei ihr Ziel, sondern ein fairer Handel sei ihr ein Anliegen. In den letzten drei Jahren wurden 1000 Mietwohnungen als Eigentumswohnungen verkauft, viele davon mit übersetzten Gewinnen. Da könne nicht mehr von Einzelfällen die Rede sein. Erwartungsgemäss war es Beat Bussmann (CVP), der den Reigen der Bürgerlichen eröffnete. In der Schlussabstimmung waren sie alle dagegen.

Mit 43 : 14 Stimmen wurde die Motion für nicht erheblich erklärt.

Nun, die Sache ist noch nicht vom Tisch. Die SGA hat an ihrer letzten Monatsversammlung beschlossen, dass sich dem Thema eine Arbeitsgruppe annehmen soll. Und so wird Madeleines letzte Auseinandersetzung im Kantonsrat eine der ersten sein, welche sie in ihrer kantonsratlosen Zeit wieder antrifft.

Zum Abschluss des Jahres ein

verdienter Erfolg

Das Nachtbuxi kommt. Das Einschwenken der Motionärin Monica Feuz auf den Variantenantrag von Konrad Häusler (CVP) hat der Motion zum Durchbruch verholfen. Mit 40 : 30 Stimmen wurde einem einjährigen Versuchsbetrieb für das Nachtbuxi am Freitag und Samstag zugestimmt. □

Erste Kantonsratssitzung von Jörg Rüttimann: «Kleiner Lichtblick»

Jörg Rüttimann

Dass die zweite Hälfte des Kantonsratsberichtes nicht aus der gleichen Feder stammt wie die erste, hat einen simplen Grund: Ab 1. Januar 1993 habe ich die Nachfolge von Madeleine Landolt im Kantonsrat angetreten. Da ich zu Beginn der ersten Sitzung mit zwei weiteren neuen Kandidaten vereidigt wurde, hat man mir die Gelöbnisformel vorenthalten, was mich trotzdem nicht daran hinderte, nur das Gelöbnis abzulegen, anstatt den Eid zu schwören.

Bei der Einsetzung der Kommission für die Majorzinitiative der CVP hat die Alternative Fraktion folgenden Antrag gestellt: Es sei vorderhand keine Kommission einzusetzen, und die Verfassungsmässigkeit der Initiative soll verwaltungsintern durch die Regierung abgeklärt werden. Der Antrag wurde prompt mit 60 : 6 Stimmen abgeschmettert.

KVA Fänn: Bleibt nur das Referendum?

Beim Hauptgeschäft zur KVA Fänn hatten wir über drei verschiedene Vorlagen zu befinden. Unbestritten war nur der Beschluss über die Prüfung von alternativen Systemen und Verfahren. Der Kantonsrat bewilligte mit 70 : 0 Stimmen einen Kredit von 225'000 Franken. Somit kann endlich die schon lang ersehnte Gegenüberstellung der verschiedenen alternativen Verfahren seriös an die Hand genommen werden. Die beiden weiteren Vorlagen – Beteili-

gung der Einwohnergemeinden an einer Aktiengesellschaft und den Beschluss betreffend die Abfälle – wurden durch verschiedene konkrete Änderungsanträge der Alternativen Fraktion in Frage gestellt. Wir sind aber überall abgeblockt worden, so dass eine massive Einflussnahme auf dieses Geschäft nur noch mit einem Referendum zu bewerkstelligen ist. Auch beim Verfahrensentscheid ist das Parlament in Zukunft ausgeschaltet, weil bis Ende Jahr vermutlich die Geschäftsleitung der KVA Fänn AG darüber entscheiden wird.

Arbeitsgruppe gegen Fremdenfeindlichkeit

Als kleiner Lichtblick meines ersten Sitzungstages kann die Antwort des Regierungsrates zur Interpellation von Urs Kern betreffend Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bezeichnet werden. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche gegen fremdenfeindliche Tendenzen mit geeigneten Massnahmen reagieren soll.

Erstmals eine SGA-Kommissionspräsidentin

In der Februarsitzung wurde in erster Lesung das Inkassohilfe- und Alimentenbevorschussungsgesetz beraten. Ein Novum dabei war, dass die SGA-Kantonsrätin Arlene Wyttenbach die vorberatende Kommission präsidiert hatte. Das Gesetz beruht auf einem Vorstoss von Madel-

eine Landolt und Hanspeter Uster im Jahre 1990. Es wird das erste, fortschrittliche Gesetz in dieser Art und Weise in der Deutschschweiz werden. Der Antrag, die Alimentenbevorschussung für Kinder über 16 Jahre und Erwachsene auch zu gewähren, wurde im Rat mit 52 : 18 Stimmen abgelehnt. Chancenlos war auch ein Antrag aus CVP-Reihen, der eine Sperrfrist für Neuzuzüger im Kanton Zug von zwei Jahren verlangt hatte. Umstritten war auch, wer die Unkosten für die Bearbeitung der Fälle zu tragen hat. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, bis zur zweiten Lesung des Gesetzes einen Vorschlag auszuarbeiten, der die Erhebung einer Gebühr vorsieht.

Einheitswahlkreis für Kantonsratswahlen?

Der Bericht über die Petition von Xaver Vonesch, der verlangt hatte, der Kanton Zug solle neu für die Kantonsratswahlen in vier Wahlkreise mit je 20 Personen aufgeteilt werden, wurde vom Rat stillschweigend zur Kenntnis genommen. Ich habe als einziger Position für einen Einheitswahlkreis bezogen. Ich machte im Rat darauf aufmerksam, dass durch eine Einteilung des Kantons Zug in zu kleine Wahlkreise eindeutig Nachteile für kleine politische Gruppierungen bestehen. □

* Siehe Artikel «Der Staat als Preistreiber auf dem Bodenmarkt» von Sybilla Schmid auf Seite 26.

Sitzungsmarathon

Zu einem (frustigen) Sitzungsmarathon entwickelt sich die neue Stadtplanung (vgl. die ausführliche Berichterstattung über die Stadtplanung in den Bulletins Nr. 2/92 und 4/92). Unter der Leitung von CVP-Rechtsaussen Granzio und dem FdP-Bauherrschfts-Vertreter Luchsinger stimmen die beiden bürgerlichen Fraktionen in den wichtigen Fragen geschlossen gegen unsere Anträge und oft auch gegen den Stadtrat, der ihnen noch zu fortschrittlich ist.

Martin Stuber und
Annemarie Csomor

Schon der Start findet unter schlechten Vorzeichen statt: Nachdem die Bau- und Planungskommission (BPK), in der CVP und FdP die Mehrheit haben, nach mehr als 20 Sitzungen die Beratung der Vorlage mit einer ganzen Reihe von eigenen Anträgen abgeschlossen hat, wird diese Mammut-Arbeit durch einen Wust von Anträgen, v.a. von der CVP, mehr oder weniger offen desavouiert. So müssen nun viele mühsame Detail-Diskussionen im Gemeinderat nochmals geführt werden, obwohl das eigentlich Sache der Vorberatung in der BPK gewesen wäre. Resultat: Nach fünf ganztägigen Sitzungen (inkl. Eintretens-Debatte) ist die Vorlage noch immer nicht zu Ende beraten, es werden mindestens nochmals zwei ganztägige Sitzungen hinzukommen...

Wortführer Granzio

Hintergrund dieser Geschichte: Nachdem im letzten Sommer Peter Hofmann aus dem Gemeinderat zurückgetreten war, wurde ACS-Präsident und Wirtschaftsanwalt Leo Granzio Fraktionschef der CVP – und damit definitiv Wortführer dieser Partei im Rat. Derselbe Leo Granzio ist aber nicht Mitglied der BPK, und die stadträtliche Vorlage wie auch die Resultate der Beratungen in der BPK sind ihm zuwenig wirtschafts- und grundeigentümer-



Guthirtquartier: Verdichten in bestehenden Quartieren provoziert Hausabbüchse.

■ Bild Reto Hunziker

freundlich. Offensichtlich ist es ihm gelungen, die CVP-Fraktion von seiner Meinung zu überzeugen, was dann in der schon erwähnten Antragsflut gipfelte. So wird die Kommissionsarbeit ad absurdum geführt, und von einem effizienten Ratsbetrieb, der sonst von bürgerlicher Seite so gerne angemahnt wird, kann natürlich keine Rede mehr sein.

Schwache (bürgerliche) BPK

Die Tatsache, dass offenbar das «Machtzentrum» sowohl bei FdP wie auch bei CVP weit ausserhalb

der BPK liegt und einige bürgerliche BPK-Mitglieder beim kleinsten neo-liberalen Hauch umfallen, führte während den Beratungen noch zu einem anderen kuriosen Ergebnis: mehrmals wurden Anträge, welche in der BPK geschlossen oder zumindest grossmehrheitlich angenommen wurden, nachher im Gemeinderat von den Bürgerlichen geschlossen abgelehnt! Kein Ruhmesblatt für die meisten bürgerlichen BPK-Mitglieder...

Wir rapportieren im folgenden kurz die wichtigsten Punkte, eine ausführlichere Bilanz folgt im nächsten Bulletin: Allein die Bauordnung benötigte mehr als drei Sitzungen. Gleich zu Beginn zeichnet sich das Muster für die Beratung ab: Bei der Bestandesgarantie stehen sich der Vorschlag des Stadtrates, der BPK-Antrag und ein fast gleichlautender FdP- und CVP-Antrag gegenüber. Es obsiegt der FdP-Antrag mit 23 zu 13 Stimmen (SP/SGA/Bunte geschlossen dagegen). Somit dürfen im Falle von Elementarschäden sowie im Brandfall Gebäude «wieder aufgebaut und unabhängig von Ausnutzungs- und anderen Nutzungsvorschriften innerhalb des bestehenden Volumens umgebaut» werden. Jo Lang bezeichnet das als Aufforderung zur Brandstiftung.

Gewerbefreundliche Linke

Bei den Nutzungsvorschriften unterliegen alle unsere Anträge zugunsten des produzierenden Gewerbes und der Industrie-Nutzung. So

wird in der riesigen Gewerbezone G12 in der äusseren Lorzenallmend überhaupt kein Gewerbeanteil vorgeschrieben (die Zuger Zeitung brachte es in diesem Zusammenhang fertig, «Gewerbefreundliches» Stadtparlament zu titeln...), während die Zonen I25 und G20 für Dienstleistungen komplett geöffnet werden. Hier handelt es sich um ein Kerngebiet der Stadt, das L&G-Areal. In einer Fraktionserklärung stellt unsere Fraktion fest, dass der Stadtplan der Todesstoss versetzt wird, weil mit dem Beschluss dieser riesige Landblätz der Spekulation freigegeben und der Industrie-Standort Zug gefährdet wird.

Bei den Areal-Überbauungen werden in der W2a und W2b Ausnutzungsziffern beschlossen, welche in diesen Zonen das Nachverdichten – und damit den Häuserabbruch – attraktiv machen.

Extraprofiten für Grundbesitzer

Grosse Diskussion um die Mehrwert-Teilung: Wir weisen darauf hin, dass die Erhöhung der Ausnutzungsziffern Mehrwerte in der Gröszenordnung von geschätzten 300 Mio. Fr. erzeugt, während durch Nutzungsänderungen zugunsten von Bürobauten nochmals Wertsteigerungen von ca. 195 Mio. Fr. entstehen. Wenigstens ein Teil dieses Mehrwertes soll geteilt werden; die Abgeltung könnte auch in Form von Landabgabe erfolgen. Für die Christlich-Sozialen signalisiert Marc Siegwart grosses Verständnis für unser Anliegen, die Motion lehnen sie aber ab – «so nicht». Die explizite Anfrage an die Christlichsozialen, «wie denn sonst?», bleibt unbeantwortet; in der Abstimmung unter Namens-Aufruf stimmen CVP und FdP geschlossen dagegen. Armin Oswald hat hier seinen letzten grossen Auftritt im Gemeinderat, er tritt nach 10 Jahren zurück und hin-

terlässt in der gemeinsamen Fraktion eine Lücke, die nicht einfach zu schliessen sein wird.

Die Sternstunde für die grossen «Deregulierer» von CVP und FdP schlägt in der vierten Sitzung: Die Einzelinitiative Marco Kunz zur Schaffung einer Sonderzone für alternatives Wohnen und Bauen – ein klassisches Deregulierungsprojekt – lehnen die Bürgerlichen geschlossen ab, dafür gibt's im Erschliessungsparagrafen Sonderkompetenzen für den Stadtrat – mit dem einzigen Ziel, dass er die Bruibachbrücke in eigener Regie bauen kann.

Zwei Erfolge

Einzig bei den Wohnanteilen kann das Zurückbuchstabieren verhindert werden: Taktisch geschickt stellt sich die CVP hinter die von der BPK vorgeschlagenen Wohnanteile, die in etwa der Vorgabe der erfolgreichen Wohnanteils-Initiative entsprechen. Damals war die CVP für diese Initiative, und offenbar soll der Bogen für die Abstimmung über die Stadtplanung nicht völlig überspannt werden. So bleibt für einmal die FdP alleine. Einen knappen Abstimmungssieg gibt es bei der Ausscheidung von Struktur-Erhaltungsgebieten: mit 18 zu 16 wird deren Abschaffung verhindert.

Erwähnenswert ist die Debatte über den Finanzplan/Voranschlag 1993. Die Stadt Zug kann sich aufgrund ihrer Finanzlage ein antizyklisches Budget leisten und tut das auch, was von unserer Fraktion begrüsst wird. Martin Stuber weist in diesem Zusammenhang auf das SGA-Referendum gegen die Steuerfussreduktion von Juni 1989 hin, das eine weitere Steuerfuss-Reduktion verhinderte und somit wesentlich zur jetzigen komfortablen Lage beiträgt.

In der Detailberatung dringen wir mit einigen Forderungen durch:

◆ Fr. 15'000.- für den Verein «Kultur im Chaotikum» (KICH); Einrichtung eines neuen Kontos von Fr. 50'000.- für Veloförderung (Anträge von Daniel Brunner).

◆ Erhöhung Budgetposten «Hilfsaktionen Inland» um Fr. 50'000.- auf Fr. 125'000.-, um der Arbeitslosigkeit in extrem betroffenen Gebieten der Schweiz entgegenwirken zu können (Antrag von Jo Lang).

◆ Am bürgerlichen Widerstand scheitert mit 16:14 Stimmen Danis Antrag für Fr. 205'000.- zur Förderung von Alternativenergien.

◆ Auf Antrag der CVP (!) verzichtet der GGR auf seine Sitzungsgelder zugunsten der Winterhilfe in Jugoslawien.

Zivilschutz am Rutschen

Frustrierte Gesichter bei den als Zuschauer anwesenden Zivilschützern an der GGR-Sitzung vom 26. Januar 93: In einer Motion von Dani Brunner und Dolfi Müller soll klar zwischen dem Zivilschutz-Aufwand aufgrund zwingenden Bundesrechts und dem mehr oder weniger freiwilligen städtischen Aufwand unterschieden und darüber Bericht erstattet werden. Mit je einer Änderung der CVP und der FdP (Titeländerung) wurde diese Motion mit 25 : 3 Stimmen gegen den Willen von Stadtrat Romer überwiesen, obwohl von seiten des aktiven Zivilschützers Ochsner (FdP) das ganze zur Grundsatzfrage hochstilisiert wurde.

In der Sitzung vom 9. März wollten wir die Genehmigung des Fünfjahresplans für die Kunsteisbahn an die Bedingung knüpfen, dass nicht schon im August Eis gemacht wird. Mit einem Stich-Entscheid der in der Öffentlichkeit als eher grün geltenen Ratspräsidentin wird dieses ökologische Ansinnen abgelehnt. □

Der Staat als Preistreiber auf dem Bodenmarkt

Der zwischen der WWZ und dem Regierungsrat abgeschlossene Vertrag vom 11. Mai 1992 betreffend Erwerb des Gaswerkareals ist inzwischen rechtsgültig geworden. Er hat die parlamentarische Beratung und unbenutzte Referendumsfrist überstanden. Dass das gekaufte Areal als Standort für den neuen ZVB-Stützpunkt, die Kaufmännische Berufsschule und die Steuerverwaltung vorgesehen ist, hat wohl den hohen Landpreis von Fr. 2'107 pro m² vergessen lassen.

Sybilla Schmid

Viel zu spät wurde diesem Kaufgeschäft opponiert. Die vorberatende Kommission beriet das Geschäft im Eiltempo. Die Finanzierung wurde nur am Rande diskutiert. Kommissionspräsident Ueli Eicher (CVP) freute sich bereits auf einen Ingenieurauftrag beim WWZ-Neubau in der Kollermühle, und ein weiteres CVP-Kommissionsmitglied, Beat Bussmann, war als Verwaltungsratsmitglied der WWZ, entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten als sparsames Stawiko-Mitglied, auch nicht an einer vertieften Diskussion über den Kaufpreis interessiert.

Welche Ausnutzungsziffer gilt?

Selbst als das Geschäft in die Stawiko kam, war mir noch nicht bewusst, dass ein Quadratmeterpreis von über 2'000 Franken bei der ak-



tuellen Konjunktur schlichtweg als überrissen bezeichnet werden muss. Ich kam zu spät an die Beratung, las aber zu meiner Überraschung nachträglich im Protokoll, dass der hohe Preis in der Stawiko mit einer hohen Ausnutzungsziffer (AZ) begründet wurde, die nicht mit der wirklichen AZ im Zonenplan übereinstimmte, nämlich AZ 1,9 anstelle der für eine Industrie- und Gewerbezone 18 (IG 18) üblichen AZ 1,2. Der Skeptiker U.B. Wyss (CVP) war an dieser Sitzung gar nicht hellhörig ge-

wesen, obwohl ihm mit Sicherheit das VR-Mandat des mit dieser AZ argumentierenden Beat Bussmann bekannt war. Ich wusste noch nichts davon, war aber nach dem Lesen des Protokolls stutzig geworden.

Bei der ersten Lesung des Kaufgeschäfts im Kantonsrat (Oktober 92) machte sich Unmut von verschiedenen Seiten bemerkbar. Ich zweifelte an der Zulässigkeit einer Argumentation, die sich auf eine AZ beruft, die zum Zeitpunkt des Kaufs noch gar nicht gültig ist und die überdies nur dann realisiert werden kann, wenn die WWZ das Land an die öffentliche Hand verkauft. Ausserdem bemängelte ich das Fehlen eines offiziellen Schätzungsgutachtens. Der Kaufpreis könnte 5 bis 15 Mio. Franken zu hoch sein.

Weiter bereiteten mir die schwierig abzuschätzenden Entsorgungskosten Sorge. Ich stellte schliesslich den Antrag, das Geschäft sei mit dem Auftrag für Neuverhandlungen an den Regierungsrat zurückzuweisen, um ein günstigeres Angebot zu erwirken. Mit 59 zu 11 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt. Peter



CVP-Filz macht's möglich: teurer Boden für öffentliche Bauten.

■ Bilder Reto Hunziker

Frauenprojekte

Rust (CVP) wollte die Entsorgung allfälliger Altlasten durch den Kanton aus dem Vertrag kippen. Toni Gügler (CVP) wollte wenigstens erreichen, dass die Verkäuferin die Handänderungsgebühren selber bezahlen müsste. Auch diesen Anträgen wurde nicht stattgegeben. Als Beat Bussmann sich zu Wort meldete, verlangte Othmar Romer (SP), dass dieser als WWZ-VR-Mitglied bei diesem Geschäft in den Ausstand treten solle. Erfolglos.

Powerplay Kantonsrat – Grosser Gemeinderat

Nach dieser turbulenten ersten Lesung musste unbedingt etwas geschehen, bevor es zu spät war. Und siehe da: Im Grossen Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug wurde eine dringliche Motion betreffend einer vorgezogenen Umzonung des Gaswerkareals eingereicht. Ihre Autoren, Jo Lang (SGA) und Beat Holdener (Bunte Liste), wollten damit eine Umzonung in eine Zone des öffentlichen Interesses (OeI) erreichen und damit eine Reduktion des Kaufpreises. Denn nach Bundesgerichtspraxis gilt beim Erwerb von OeI-Land der Wert zum Zeitpunkt der Umzonung, im vorliegenden Fall also derjenige einer IG 18 mit einer maximalen AZ von 1,2.

Leider lehnte der GGR die Erheblicherklärung dieser Motion ab. Der antragstellende Stadtrat, Ernst Moos (FdP), ist ebenfalls Mitglied des Verwaltungsrats der WWZ. Damit waren die Zeichen für die zweite Lesung im Kantonsrat gesetzt. Das Geschäft konnte nicht mehr von der Traktandenliste abgesetzt werden, obwohl Susanne Jenny (SP) das beantragte. Ich verzichtete auf einen Antrag für ein Behördenreferendum, da ich in der Kaffeepause keine bürgerlichen UnterstützerInnen fand und die Chancenlosigkeit dieses Unterfangens einsah. □

Die SGA-Frauen rufen auf zu einer Solidaritätsaktion: «Unterstützt die Frauenprojekte in Ex-Jugoslawien des christlichen Friedensdienstes cfd»!

Madeleine Landolt

Die endlos schrecklichen Nachrichten der vergangenen Wochen über den Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien haben uns nicht in Ruhe gelassen. So haben wir beschlossen, die Frauenprojekte des christlichen Friedensdienstes cfd zu unterstützen, die uns zuverlässige, nicht nationalistische Hilfe vor Ort garantieren. Wir brauchen auch Sie dazu.

Projekthintergrund

Erfahrungen und Geschichte lehren uns, dass die Gewalt gegen Frauen (auch im Krieg) dramatisch zunimmt. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien bestätigt diese Regel. Das Verbrechen der Vergewaltigung ist eines der schlimmsten Kriegsverbrechen, weil es die Unschuldigen trifft, jene, die nie in die Lage kamen, Entscheidungen über Krieg oder Frieden zu treffen. Die öffentlich bekannt gewordenen Tatsachen zeigen, dass Vergewaltigung zum normalen Akt der Kriegshandlung und sogar zum Bestandteil der Strategie gewisser Armeen geworden ist. Gewalt gegen Frauen wird durch Soldaten, Freiwillige, Nachbarn und Campleiter ausgeübt. Das Serbische Militär und paramilitärische Einheiten haben Lager eingerichtet, in denen Vergewaltigung und Folter gegen Frauen und Kinder an der Tagesordnung sind. Aber auch die Soldaten der anderen Kriegsparteien greifen zu diesem schrecklichen Mit-

tel der Unterdrückung. Deshalb braucht es funktionierende, feministische, dezentrale, nicht nationalistische und regierungsunabhängige Projekte, die im Krieg vergewaltigten Frauen die Möglichkeit geben, sich zu erholen.

Ausgestaltung der Projekte

Folgende Projekte sind dezentral aufgebaut. Sie sollen in Bosnien, Herzegowina, in Kroatien und Serbien realisiert werden:

- ◆ Einrichtung von Beratungsstellen
- ◆ Ausbildung von Frauen
- ◆ Unterstützung von Spitälern, in denen im Krieg vergewaltigte Frauen behandelt werden
- ◆ Lieferung von Medikamenten und Material für gynäkologische Operationen
- ◆ Eröffnung von Zentren (Schutzhäuser, Nottelphone) in Zagreb, Split, Djakovo (Kroatien) und in Belgrad (Serbien)
- ◆ Projektkoordination in Zagreb mit der Aufgabe, Informationen zu sammeln, die Finanzierung zu sichern, Kontakte zu Frauengruppen und Organisationen in andern Ländern zu knüpfen.

Wir hoffen, dass viele Frauen und Männer aus unserem Kanton diese Aktion unterstützen, mittels Beitritt zum 10-er Club (Fr. 10.- pro Monat) oder mit einmaligen Beiträgen.

Weitere Infos: SGA-Sekretariat (SGA, Pf 2041, 6302 Zug, Tel. 22 13 15, 8.00 - 10.00h) oder bei Madeleine Landolt (Tel. 42 12 46). □

Schwächung des Wehrwillens als Friedensziel

«Unsere Verzweiflung und Orientierungslosigkeit rührt vor allem auch daher, dass wir die Opposition, in welcher Form und mit welchen verständlichen und uns unverständlichen Positionen sie auch immer auftreten mag, nicht kennen.»

(Bernhard Kuschey, Aufrisse 3/92)

Friedensbewegungen gibt es heute in allen Teilen Jugoslawiens – doch das gemeinsame Wort verdeckt die Unterschiede in der Entstehung, in den Positionen, im Organisationsgrad dieser Gruppierungen.

Roland Brunner*

Viele meinen, eine Friedensbewegung könne nur in Vorkriegszeiten eine Rolle spielen – oder nach Ende der Kampfhandlungen. Doch sie hat auch während eines Krieges eine wichtige Aufgabe. Die Friedensbewegung kann, vielleicht unauffällig, aber deswegen nicht weniger entscheidend, zur Beendigung des Krieges beitragen: Wichtig ist «das, was ich die Aufrechterhaltung eines zivilen Bereichs in Kriegszeiten nennen möchte. (...) Versöhnung, Auftreten und Handeln gegen den Hass, die Konfrontation der Propaganda mit Information und Wahrheit, das Stoppen der Gewalt, wo immer es möglich ist, durch gewaltfreies Eingreifen und das Demonstrieren des festen Willens zum Frieden – das können Ziele der Friedensbewegung wie jedes einzelnen Individuums in Kriegszeiten sein. Das allein wird wahrscheinlich den Krieg nicht stoppen, aber es trägt sicherlich dazu bei, ihn zu beenden, und es ist entscheidend, um einen wirklichen Frieden zu erlangen.» (Christine Schweitzer)

Dadurch, dass die Friedensbewegung die nationale Verblendung und die Kriegspropaganda bekämpft, schwächt sie den sogenannten Wehrwillen und stärkt die Vernunft. Sie ermutigt die Soldaten zu desertieren und hilft dadurch, den Krieg zu behindern. So meint die Belgrader HCA-Aktivistin Sonja Licht: «Der Hauptgrund, dass der Januar-Waffenstillstand (in Kroati-

en 1992) länger als irgendeiner vorher gehalten hat, ist, dass die jungen Männer ihre Einberufung verweigert haben. Neunzig Prozent der Rekruten in Belgrad und vierzig Prozent auf dem Land verweigerten die Einberufung.»

Ziemlich einheitlich wird die Friedensbewegung in jedem Land als «Verräterin an der nationalen Sache» angegriffen. Dieses gleiche Schicksal und der oftmals bewiesene Wille zur Zusammenarbeit dürfen jedoch den Blick nicht dafür verstellen, dass es unter den Friedensbewegungen eine Reihe von Differenzen gibt. Die nationalen Spannungslinien, die heute die Republiken trennen, machen sich auch in der Friedensbewegung bemerkbar, und die Verschiedenheit der Auffassungen über die Zukunft von Ex-Jugoslawien ist beträchtlich. Vesna Jankovic von der kroatischen Anti-Kriegs-Kampagne aus Zagreb meint zu den Differenzen zwischen der kroatischen und der serbischen Friedensbewegung: «Wir haben gemeinsame Grundlagen durch die Charta und die Prinzipien der Gewaltlosigkeit. Doch im konkreten haben wir unterschiedliche Ansichten. Die Antikriegsaktion in Belgrad ist stärker der Idee eines gemeinsamen Jugoslawiens verbunden. Gemeinsam ist aber unser Standpunkt, dass die Bundesarmee entwaffnet werden muss, dass die UNO-Truppen stationiert werden sollen, und dass jede offene Frage im Dialog, nicht mit Schüssen gelöst werden muss.»

Aktivitäten in den Republiken

◆ **SLOWENIEN:** Zentrum für Friedenskultur und Gewaltfreiheit

Im Slowenien der 80er Jahre sind die neuen sozialen Bewegungen, darunter auch die Friedensbewegung, relativ stark. Sie bildeten einen wichtigen Teil der Opposition gegen das Einparteien-Regime, einer Opposition, die einen nationalen und «zivilen» Flügel hatte. Ihren stärksten Einfluss hatten die PazifistInnen in der Zeit nach den ersten Wahlen, als der Vorschlag für ein «Slowenien ohne Armee» in der breiten Öffentlichkeit und auch in parlamentarischen Kommissionen debattiert wurde.

Heute existiert ein Friedenszentrum, das in den letzten Jahren auch von Basisbewegungen genutzt wird. Das Friedensforschungsinstitut beschäftigt sich mit Themen wie Soziologie des Krieges, Sicherheitspolitik, interpersonale Gewalt, gewaltfreie Konfliktlösung, Rüstungskonversion und Psychologie der Gewalt, Friedenspolitik (Fallstudie Slowenien), Entmilitarisierung (Fallstudie Insel Vis/Lissa), interaktive Konfliktlösung, gewaltfreie Konfliktlösung in Jugoslawien.

Center za kulturo miru in nenasilja, mestni trg 13, 61 000 Ljubljana. Tel. 0038/61/21 03 74, Fax: 224 666

◆ **KROATIEN:** Antikriegskampagne Zagreb

In Kroatien stützt sich die Friedensbewegung ebenfalls teilweise

auf oppositionelle Strömungen, die schon in den 80er Jahren aktiv waren und Kontakte zur slowenischen Opposition hatten, z.B. die Frauenbewegung SVARUN und die GRÜNE AKTION. Im Herbst 1991 schlossen sich verschiedene Organisationen in Zagreb zur Plattform «Antikriegskampagne» zusammen, die verschiedene öffentliche Aktionen gegen den Krieg und den Nationalismus durchführt, Menschenrechtsverletzungen anprangert, Seminare zur gewaltfreien Konfliktlösung in vielen Städten, darunter auch in der Frontstadt Osijek, abhält, humanitäre Hilfe organisiert... Seit letztem Sommer leitet die Antikriegskampagne Zagreb und das neu entstandene Zentrum Suncocret (Sonnenblume) die Einsätze internationaler Freiwilliger in den Flüchtlingslagern in Kroatien. Zur Antikriegskampagne gehören neben der Gruppe in Zagreb auch Gruppen in Osijek, Rijeka und Split sowie unabhängige Frauengruppen. Die Antikriegskampagne gibt die kroatische Friedens-Zeitschrift ARKzin heraus.

Obdor anti-ratne kampanje , Tkaliceva 38/11, 41 000 Zagreb. Tel. 0038/41/271 143, Fax: 442 495

◆ **SERBIEN:** Zentrum für Antikriegsaktion Belgrad

Im Juli 1991 gründete sich das «Zentrum für Antikriegsaktion Belgrad», das während des Krieges zur Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer und zum Koordinierungsort mehrerer Aktionen gegen den Krieg wurde. Die über Monate hinweg täglich vor dem Gebäude der serbischen Regierung an der «Marsala Tita» im Zentrum Belgrads abgehaltenen öffentlichen Mahnwachen gegen die Kriegspolitik Milosevic sind ein Beispiel.

Am massivsten äussert sich der Widerstand in den Massenverweige-

rungen gegen den Militärdienst, die Einziehung zum Kriegsdienst. Da in den Städten viele junge Männer untergetaucht sind, um so den Einberufungen zu entgehen – Schätzungen für Belgrad nennen 80 Prozent solcher «Entziehungen» –, wurden die Rekrutierungen zusehends auf ländliche Gebiete konzentriert, wo das Untertauchen viel schwieriger ist. Das Zentrum arbeitet eng mit den StudentInnen zusammen, die nach Massenkundgebungen am 9. März 1991 eine Marathon-Kundgebung ab dem 15. Juni 1992 begannen. Ausserhalb Belgrads existieren Gruppen in Subotica, Novi Sad und Pancevo (alle Vojvodina).

Centar za antiratnu akciju, Prote Mateje 6, 11000 Beograd. Tel. 0038/11/431 298, Fax: 681 989

◆ **BOSNIEN:** Why? Zasto? Pourquoi? Porque? Warum?

In Bosnien war der Wille, sich

Aufruf zur Hilfe

Die Antikriegsbewegungen in allen Ländern des ehemaligen Jugoslawien, sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GS-oA hat eine Antikriegs-Kampagne Schweiz gegründet, um friedenspolitische Projekte im ehemaligen Jugoslawien zu unterstützen. Bisher konnten über 30'000 Franken eingesetzt werden für Aktivitäten gegen den Krieg. Weitere Projekte liegen vor und warten auf Eure Unterstützung. Bei einem Monatslohn von 100 Franken im ehemaligen Jugoslawien ist bereits eine kleine Spende ein grosser Beitrag gegen den Krieg. Spenden bitte auf PC 80-64741-4, GSoA Zürich, Vermerk: Antikriegs-Kampagne. Besten Dank.

nicht aufspalten zu lassen, vor allem in den multikulturell zusammengesetzten Städten besonders stark. Friedensdemonstrationen fanden ein besonders breites Echo und wurden von Fernsehstationen wie YUTEL unterstützt, ein Sender, der lange Zeit das wichtigste (und einzige) objektive Forum und Informationsmedium für ganz Jugoslawien war. Bis heute erscheint unter schwierigsten Bedingungen in Sarajewo die Zeitung «Oslobodjenje», die schon mehrere Pressepreise erhalten hat.

Im Frühjahr 1992 ist es noch gelungen, zur Entspannung der Situation beizutragen und die nationalistischen Gemüter zu beruhigen. Hunderttausende demonstrierten für den Frieden, beseitigten Barrikaden, und es kam noch einmal zu einem Übereinkommen zwischen Armee und bosnischen Ordnungskräften, das einen brüchigen Frieden brachte. Dies war, wie Ibrahim Spahic schreibt, «ein erster Sieg eines zivilen Geistes und der Toleranz über den Nationalismus und kulturelle Engstirnigkeit. Die Hoffnung Bosniens liegt in diesem Prozess der Selbstbefreiung der Bürger, durch Bürgerforen, Friedenszentren, Bürgerinitiativen genauso wie durch gute Medien wie YUTEL, Good Vibrations, Jugend-Studio, Studio 99 und staatliche Kanäle.»

Dies ist tatsächlich auch heute noch die einzige Hoffnung, auch wenn wir wissen, dass die Kräfte der Vernunft zu schwach waren, den Krieg zu verhindern.

Centar za mir, Ibrahim Spahic, Dorovoljacka 3, 71000 Sarjevo, Bosnien-Herzegowina. □

* Roland Brunner arbeitet für das Monatsmagazin «BRESCHÉ» und ist Mitherausgeber der Zeitschrift «ParaPacem». Er lebt in Zürich. Seinen Beitrag entnehmen wir der «GSoA-Zitig» Nr. 49 vom November 1992. Er wurde vom Autor leicht gekürzt.

«Multikulturelles Europa statt Festung Westeuropa»

Das 3. Zuger Symposium, das am Palmsonntag im Casino stattfindet, besteht aus zwei Hauptteilen. Am Morgen gibt es ein Podium, an dem abgesehen von der Moderatorin Maja Wicki nur AusländerInnen teilnehmen. Am Nachmittag gibt es zwölf Diskussionsrunden, die von über 50 KurzreferentInnen eingeleitet werden. Im folgenden Beitrag möchte ich das morgendliche Podium und zwei nachmittägliche Diskussionsrunden vorstellen.*

Josef Lang

Europa, genauer gesagt Westeuropa, steht am Scheideweg. Verschliesst es sich, wie das die heutige EG vorspart, zu einer Festung, oder steht es dazu, dass der ehemalige Auswanderer-Kontinent zu einem Immigrationsgebiet geworden ist? Im ersten Fall führt das zu einer polizeilichen und militärischen Aufrüstung gegen die armen Völker des Südens und des Ostens, zum Bau neuer eiserner Vorhänge und zur Verschärfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus innerhalb der neuen Mauern. Die menschliche Variante erfordert die Bereitschaft zur sozialen Solidarität und kulturellen Offenheit, bedeutet, das «Wagnis der multikulturellen Demokratie» (Untertitel des Buches «Heimat Babylon») einzugehen.

Über diese Alternative und dieses Wagnis diskutieren auf dem Casino-Podium fünf ausgewiesene KennerInnen des Themas.

Podium am Vormittag

Cinar Dilek ist seit einem Jahr Projektassistentin am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Ihr gegenwärtiger Forschungsschwerpunkt ist die Einbürgerung von AusländerInnen im europäischen Vergleich. 1990/91 war sie Mitarbeiterin beim Forschungsprojekt «Immigration und Ethnizität». Vorher hatte sie auf einer Beratungsstelle für ausländische Frauen gearbeitet. Die

1960 in der Türkei geborene Politologin lebt seit 1980 in Wien.

Nina Mladenka Golder wurde in Sarajewo, also in einer multikulturellen Stadt, geboren. Seit einem Jahrzehnt lebt sie im Zürcher Kreis 4, der einige Dutzend Nationalitäten beherbergt. Nina Mladenka Golder engagiert sich für den Frieden auf dem Balkan und gegen die ethnischen Säuberungen in ihrer bosnischen Heimat und schreibt Gedichte.

György Dalos, geboren 1943 in Ungarn, wurde 1968 nach seinem Studium in Moskau inhaftiert und mit jahrelangem Berufsverbot belegt. Bekannt wurde er als Dissident, Publizist und Romancier. Im kürzlich erschienenen «Buch der Ränder» (Wieser Verlag 1992) veröffentlichte er einen vielbeachteten Beitrag – «Der zerbrochene Spiegel oder die Einsamkeit des Westens» – über die Orientierungskrise des Westens aufgrund des Verschwindens des alten Feindes.

Thomas Schmid hat gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit das erwähnte Standardwerk «Heimat Babylon» verfasst (Hoffmann und Campe 1992). Der 1945 in Sachsen geborene Autor arbeitet als Berater des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt/a.M. In seinem vorletzten Buch «Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft» (Rotbuch 1990) forderte Schmid eine gesellschaftliche Begründung von Gemeinsinn und eine Besinnung auf ältere Traditionen: auf regionale Vielfalt, Vielgliedrigkeit, Förderalis-

mus, grosse und kleine Grenzverkehre.

Maja Wicki wird die Debatte moderieren. Die vor allem durch Veröffentlichungen im «Tages-Anzeiger» bekannte Philosophin und Journalistin arbeitet in der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.

Röstigraben, Frauen und Krise

Besonders aufmerksam machen möchte ich auf zwei Nachmittags-Diskussionsrunden. Unter der Leitung von Hanspeter Uster diskutieren die vier SchriftstellerInnen Janine Massard (VD), Mariella Mehr (GR), Gilbert Musy (NE) und Niklaus Meienberg (ZH) über die Ursachen und die Bedeutung des Röstigrabens und projektieren gemeinsam mit den TeilnehmerInnen Brücken.

Über die Folgen der Krise für die Frauen und Antworten darauf diskutieren Dana Zurr vom Zuger Gleichstellungsbüro, Theres Wüthrich von der Frauengewerkschaft und die beiden Autorinnen des Buches «Gegen das frauenspezifische Arbeitslos» Lynn Blattmann und Irène Meier. Moderiert wird die Diskussion von Arlene Wytttenbach und Sybilla Schmid.

Wie euch der zusätzliche Kasten zeigt, verspricht das 3. Zuger Symposium allen politisch Interessierten viele Anregungen. Verpasst diese einmalige Chance nicht! □

* Genaues Programm erhältlich bei: SGA, Postfach 2041, 6302 Zug.

*Bitte hier Dokument «Bulletin_S.31» einsetzen.
«Frauen in den Bundesrat»*

Zuger Symposium

10.00: Begrüssungsreferat Josef Lang: 25 Jahre nach 1968
10.30 – 12.30: Podium
12.30 – 13.30: Mittagessen
13.45 – 16.00: Diskussionsrunden über die drei erwähnten und die neun weiteren Themen: Europa-Integration / Neue Wege in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik / Arbeitslos / Verkehr und Mobilität / Juni-Abstimmungen / Krieg und Frieden auf dem Balkan / Die Dritte Welt im Schatten Europas / Das Gatt und die Rolle der Schweiz / Nach dem Energiefrieden das Atomjahr '93.
16.15: Schlussvotum von Martin R. Dean, Schriftsteller und Stadtbeobachter.

Zusätzliche Diskussionsrunde

Die Frauenbewegung: Wie weiter nach dem März '93?
Aufgrund der jüngsten Ereignisse gibt es eine 13. Diskussionsrunde mit Feministinnen aus verschiedenen Gruppierungen.

Die Teilnahme ist gratis. Es gibt einen Kinderhütendienst. Spenden sind dringend erbeten auf PC 60-13553-1 «Symposium».

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 2041, 6302 Zug

Veranstaltungen

Mar

- Don 18. **GSoA-Sitzung**
Jugendbeiz «Chaotikum», Zug, 20.00h, Nachtessen ab 19.00h
- Fre 26. **SGA-Jahresversammlung**
Rest. Brauerei, Baar, 20.00h, Nachtessen ab 18.30h
- Sam 27. **Stand Alpeninitiative**
Bundesplatz, Zug, 9.00h-16.00h

Apr

- Mit 31. **Asylbrücke Zug: GV, anschl. öffentl. Verant.** «Ex-Jugoslawien»
Zentrum Chiematt, Steinhausen, 19.00h
- Don 1. **Forum Oberägeri: Stamm** (weitere Daten: Mit, 5.5., Don 3.6.)
Rest. Chämihütte-Adler, Oberägeri
- Son 4. **3. Zuger Symposium**
Casino Zug, 10.00h-17.00h
- Mit 7. **SGA-Frauengruppe**
Weitere Infos: SGA-Sekretariat (22 13 15, 8.00h - 10.00h)
- Mit 7. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- u. Kantonsbibliothek (3. Stock), Zug
- Son 25. **«Das Narmada-Weltbank-Projekt und die Schweiz»**
Burgbachkeller Zug, 10.30h, Gipfeli ab 9.30h
- Mon 26. **Ofra: öffentl. Vollversammlung**
Stadt- u. Kantonsbibliothek (3. Stock), Zug, 19.30h
- Die 27. **Alpeninitiative: Sitzung Regionalgruppe Zug**
Weitere Infos: Josef Bürgler, Telefon 64 19 24
- Mit 28. **SGA-Monatsversammlung**
Rest. Brandenburg (Waffensaal), Zug, 20.00h

Mai

- Sam 1. **1. Mai-Veranstaltung**
Landsgemeindeplatz, Zug, 17.00h-22.00h
- Mit 5. **SGA-Frauengruppe**
Weitere Infos: SGA-Sekretariat (22 13 15, 8.00h - 10.00h)
- Mit 5. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- u. Kantonsbibliothek, Zug (3. Stock)
- Fre 7. **SGA Stadt Zug: GV, anschl. Vortrag von Al Imfeld**
Rest. Casino (Felsenzimmer), Zug, 20.00h, Nachtessen ab 18.00h
- Fre 14. **Konzert «Stop F/A-18», Benefizkonzert mit Zuger Gruppen**
Jugendzentrum Zug, 19.00h
- Mit 19. **Frische Brise Steinhausen: Kultur-Polit-Veranstaltung «F/A18»**
Rest. Löwen (Saal 1), Steinhausen
- Mit 26. **SGA-Monatsversammlung**
Casino Zug, 20.00h
- Mit 26. **IG Bio: GV**
Rest. Bären, Zug, 20.00h
- Sam 29. **Aktionstag zur «F/A-18»-Abstimmung**
Stadt Zug

Jun

- Mit 2. **SGA-Frauengruppe**
Weitere Infos: SGA-Sekretariat (22 13 15, 8.00h - 10.00h)
- Mit 2. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- u. Kantonsbibliothek (3. Stock), Zug
- Die 8. **Ofra: Vollversammlung**
Stadt- u. Kantonsbibliothek (3. Stock), Zug, 19.30h
- Sam 12. **Amnesty International: Ausstellung von Alberto Venzago**
Altes Kunsthaus, Zug
- bis Fre 25. **Amnesty International: Gesprächsabend mit Alberto Venzago**
Altes Kunsthaus, Zug, 20.00h
- Sam 12. **Forum Oberägeri: Mitgliederversammlung**
Rest. Löwen
- Mit 16. **SGA-Monatsversammlung**
Ort unbekannt
- Mit 23. **Frische Brise Steinhausen: Rock uf em Dorfplatz**
Rathausplatz, Steinhausen

Jul

- Fre 2. **Frische Brise Steinhausen: Rock uf em Dorfplatz**
Rathausplatz, Steinhausen